

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kfirringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Hani Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckerschrift: Copadirekt

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Berechtigung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 20. April 1931

Inst. Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Krise in Oesterreich.

Von Friedrich Austerlitz - Wien.

SPD. Die Lage in Österreich hat sich erheblich verdüstert, und es wird immer deutlicher, dass das Land einer schweren Krise entgegengeht. Der plötzliche Rücktritt des Ministers für soziale Verwaltung ist ein erstes Wetterzeichen, aber es deutet auf Sturm, und es ist nicht nur nicht ausgeschlossen, dass in kurzer Zeit die ganze Regierung in einen Engpass von Verlegenheiten gerät, der sie zur Demission zwingt, sondern es ist eigentlich schon heute als unvermeidlich anzusehen. Aber da das keine politische Krise ist, so wird sie nicht leicht zu bewältigen sein.

Politisch ist die Lage in Österreich ganz friedlich. Der Ausgang der Novemberwahlen hat die Ueberheblichkeit der Christlichsozialen so gebändigt, dass sie die Vorstellung, die sie namentlich in den letzten Jahren geleitet hat, nämlich die gesamte politische Herrschaft in ihren Händen zu konzentrieren, völlig aufgeben mussten. An Stelle der ewigen Regierungen Seipel, deren Vorsatz es immer war, die Sozialdemokraten an die Wand zu drücken, ist die Regierung Ender gekommen, die sich unstreitig bemüht, auch mit der Opposition auszukommen und die die Dinge immer im Einvernehmen mit den Sozialdemokraten zu lösen gesucht hat. Dazu kommt, dass die in den Heimwehren und ihren Waffen verkörperte faschistische Gefahr so gut wie überwunden ist. Die Hahnenschwänzer, die in dem Jahre 1929 den bewaffneten Putsch ganz ernstlich planten und mit dem Marsch auf Wien nicht bloss kokettierten, sondern geradezu rechneten, die sind kein ernst zu nehmender Faktor mehr, werden auch von niemand wichtig genommen, sind in sich gespalten und so kompromittiert, dass sie jede politische Anziehungskraft verloren haben. Politisch könnte sich also das gegenwärtige Regime, dessen Haupt übrigens ein rechtschaffener Mensch ist, der sich von den Ränkespinnern um Herrn Seipel herum wohltuend unterscheidet, auch weiter halten, zumal die österreichische Sozialdemokratie alles andere als das Bedürfnis hat, Minister zu stellen.

Das was Österreich bedrängt und geradezu eine allgemeine Ratlosigkeit hervorruft, ist die Wirtschaftskrise, ist die Tatsache, dass der Niedergang der Wirtschaft auf die Finanzen des Bundes, wie übrigens auch der Länder und Gemeinden, einfach verheerend wirkt. Einmal bewirkt die Wirtschaft mit der furchtbaren Arbeitslosigkeit, dass die öffentlichen Lasten immer mehr ansteigen, andererseits mindert sie, indem die Steuerobjekte verschwinden, die Steuereingänge. Die unentrinnbare Wirkung sind grosse Defizite. In jedem Haushalt wachsen die Ausgaben und sinken die Einnahmen. Das Missverhältnis ist weder durch Steuererhöhungen noch durch Ersparungen auszugleichen; aber ausgeglichen müsste es überall werden, wenn nicht wirtschaftliche Katastrophen die Folge sein sollen. Wie gross der Fehlbetrag des österreichischen Haushalts ist und wie gross er werden wird, ist natürlich noch unbekannt. Aber dass der durch die Genfer Aktion vom Jahre 1922 sanierte Bundeshaushalt für dieses Jahr mit einem für ein kleines Land beträchtlichen Defizit zu rechnen hat, ist nicht zu bezwei-

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kfirringhaus, Berlin.
Telefon: Amt Döbelf 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Telegraphisch: Sopedienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 20. April 1931

Int. Inst. d. Hist.
Soc. Geschichte
Amsterdam

Krise in Oesterreich.

Von Friedrich Austerlitz - Wien.

SPD. Die Lage in Österreich hat sich erheblich verdüstert, und es wird immer deutlicher, dass das Land einer schweren Krise entgegengeht. Der plötzliche Rücktritt des Ministers für soziale Verwaltung ist ein erstes Wetterzeichen, aber es deutet auf Sturm, und es ist nicht nur nicht ausgeschlossen, dass in kurzer Zeit die ganze Regierung in einen Engpass von Verlegenheiten gerät, der sie zur Demission zwingt, sondern es ist eigentlich schon heute als unvermeidlich anzusehen. Aber da das keine politische Krise ist, so wird sie nicht leicht zu bewältigen sein.

Politisch ist die Lage in Österreich ganz friedlich. Der Ausgang der Novemberwahlen hat die Ueberheblichkeit der Christlichsozialen so gebändigt, dass sie die Vorstellung, die sie namentlich in den letzten Jahren geleitet hat, nämlich die gesamte politische Herrschaft in ihren Händen zu konzentrieren, völlig aufgeben mussten. An Stelle der ewigen Regierungen Seipel, deren Vorsatz es immer war, die Sozialdemokraten an die Wand zu drücken, ist die Regierung Ender gekommen, die sich unstreitig bemüht, auch mit der Opposition auszukommen und die die Dinge immer im Einvernehmen mit den Sozialdemokraten zu lösen gesucht hat. Dazu kommt, dass die in den Heimwehren und ihren Waffen verkörperte faschistische Gefahr so gut wie überwunden ist. Die Hahnenschwänzer, die in dem Jahre 1929 den bewaffneten Putsch ganz ernstlich planten und mit dem Marsch auf Wien nicht bloss kokettierten, sondern geradezu rechneten, die sind kein ernst zu nehmender Faktor mehr, werden auch von niemand wichtig genommen, sind in sich gespalten und so kompromittiert, dass sie jede politische Anziehungskraft verloren haben. Politisch könnte sich also das gegenwärtige Regime, dessen Haupt übrigens ein rechtschaffener Mensch ist, der sich von den Ränkespinnern um Herrn Seipel herum wohlthuend unterscheidet, auch weiter halten, zumal die österreichische Sozialdemokratie alles andere als das Bedürfnis hat, Minister zu stellen.

Das was Österreich bedrängt und geradezu eine allgemeine Ratlosigkeit hervorruft, ist die Wirtschaftskrise, ist die Tatsache, dass der Niedergang der Wirtschaft auf die Finanzen des Bundes, wie übrigens auch der Länder und Gemeinden, einfach verheerend wirkt. Einmal bewirkt die Wirtschaft mit der furchtbaren Arbeitslosigkeit, dass die öffentlichen Lasten immer mehr ansteigen, andererseits mindert sie, indem die Steuerobjekte verschwinden, die Steuereingänge. Die unentrinnbare Wirkung sind grosse Defizite. In jedem Haushalt wachsen die Ausgaben und sinken die Einnahmen. Das Missverhältnis ist weder durch Steuererhöhungen noch durch Ersparungen auszugleichen; aber ausgeglichen müsste es überall werden, wenn nicht wirtschaftliche Katastrophen die Folge sein sollen. Wie gross der Fehlbetrag des österreichischen Haushalts ist und wie gross er werden wird, ist natürlich noch unbekannt. Aber dass der durch die Genfer Aktion vom Jahre 1922 sanierte Bundeshaushalt für dieses Jahr mit einem für ein kleines Land beträchtlichen Defizit zu rechnen hat, ist nicht zu bezwei-

fein. Dazu kommt das Loch bei den Bundesbahnen, die zwar ein sogenannter kommerzieller Betrieb sind, dessen Verluste aber, und das Loch wird immer grösser, schliesslich natürlich der Staat tragen muss. Die Regierung denkt nur an die Verminderung der Ausgabenseite und sie hat zu diesem Zwecke einen Sparkommissar eingesetzt, der im Etat alles "Ueberflüssige" streichen soll; aber was ist bei einem Etat, der auch ein Niederschlag politisch-parlamentarischer Verhältnisse ist, schliesslich überflüssig? Dann plant die Regierung eine entweder direkte (durch eine Besoldungssteuer) oder indirekte Kürzung der Beamtengehälter. Da aber die Gehälter in Oesterreich gar nicht hoch sind, und da etwas derartiges in Oesterreich nicht mit einer Notverordnung zu machen ist, so stösst die Regierung mit solchen Absichten auch auf die Gegnerschaft der bürgerlichen Parteien.

Auch sonst ist die Lage der Republik im Augenblick wenig behaglich. Der Plan mit der Zollunion hat ihr offenbar die Entziehung gewisser Freundschaften eingetragen, die zwar praktisch nichts bedeutet haben, aber doch eine gewisse internationale Reserve darstellten. Dann fordern die Agrarier mit dem ihnen eigenen Ungestüm, dass die an sich schon hohen und inzwischen bereits wieder erhöhten Agrarzölle im nächsten Halbjahr in Kraft gesetzt werden. Unterdessen hat die Regierung, um sich der Bindung der Vertragszölle zu entziehen, die Handelsverträge mit Ungarn, Jugoslawien und der Tschechoslowakei gekündigt. Die Wahrscheinlichkeit aber, dass jetzt, wo durch die Zollunionspläne alles in Fluss gekommen, unklar und unbestimmt geworden ist, rechtzeitig neue Verträge zustandekommen werden, ist sehr gering. Die wirtschaftliche Sorge steigt an allen Punkten und ein Ausweg ist kaum sichtbar.

Aber der eigentliche, der schwere Konflikt, ist die Attacke, die die Regierung auf die sozialen Gesetze unternimmt, ein wahrer Generalangriff auf die Rechte der Arbeiter und Angestellten. Unter dem Vorwande, dass sie die Alters- und Invaliditätsversicherung, die obwohl seit dem Jahre 1926 als Gesetz verkündet ist, aber dennoch nicht in Kraft steht, nunendlich in Kraft setzen will, soll an "sozialen Lasten" mindestens so viel erspart werden, als diese Versicherung kosten würde; zu diesem Zwecke sollen die Kranken- und die Unfallversicherung empfindlich verschlechtert werden. "Abgebaut" sollen dann noch andere soziale Begünstigungen werden, aber der Hauptansturm gilt der Arbeitslosenversicherung, deren Defizit durch das so unvorhergesehene als ungeheure Wachstum der Arbeitslosigkeit natürlich riesig angeschwollen und noch immer nicht am Ende ist. Die "Reform" würde nun darin bestehen, dass viele Zehntausende aus der Arbeitslosenversicherung einfach hinausgeworfen würden und die Unterstützung für die Arbeitslosen an allen Punkten in bösartigster Weise reduziert würde; die "Reform" soll sich eben ganz auf dem Rücken der Arbeiter vollziehen. Diese Pläne haben in der Arbeiter- und Angestelltenschaft eine furchtbare Erregung hervorgerufen. Alle ihre Entschlüsse gehen dahin, dass über die Vorlagen gar nicht verhandelt werden, dass es ihnen gegenüber nur eine Taktik geben darf: sie unter allen Umständen zu verhindern. Ob sich die Regierung des ganzen Ernstes der Situation bewusst ist, mag zweifelhaft sein, aber der Sozialminister hat die Konsequenzen bereits gezogen und ist zurückgetreten. Resch ist sicherlich kein Arbeiterfeind, kein Scharfmacher und er, der bei unserem unvergesslichen Hanusch Unterstaatssekretär gewesen ist, würde Gesetze, die dem Ausbau der sozialen Rechte dienen, sicherlich lieber vertreten als Gesetze, die das soziale Rechtsgebäude demolieren sollen. Aber er ist doch so eingebannt in die bürgerlichen Vorstellungen, dass er die Arbeitslosenunterstützung weniger als Pflicht denn als Gnade ansieht, die die bürgerliche Gesellschaft den Arbeitslosen erweist, dass ihm der Gedanke am nächsten liegt, an Gnade könne nur so viel gegeben werden, als zu gewähren der bürgerlichen Gesellschaft möglich ist. Das Recht der Arbeitslosen und die Pflicht des Staates haben in solchen Vorstellungen keinen Raum.

Aber die Sozialdemokratie kann da einfach nicht mittun. Man darf die Arbeitslosen nicht im Stiche lassen, und auf den Vorhalt, dass die Arbeitslosenversicherung passiv sei, kann die Sozialdemokratie nur antworten, dass die bürgerliche Welt für die Arbeitslosen eben auch Opfer bringen muss. Das aber will eine bürgerliche Regierung nicht einsehen, wohl nirgendwo einsehen, und deshalb die Grösse und Schwere des Konflikts in Oesterreich, der nicht nur ein Konflikt zwischen Parteien, sondern zwischen Klassen ist.

SPD. Die Beschwerden der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über die teilweise zu verzeichnende missbräuchliche Anwendung der Notverordnung des Reichspräsidenten gegen das Rowdytum haben bereits zu einem Erfolg geführt. Unter Berücksichtigung der einzelnen Beschwerden hat der preussische Minister des Innern über die Ausführung der Verordnung an die nachgeordneten Behörden einen neuen Erlass gerichtet, der hoffentlich neue Beschwerden ausschliesst.

In dem Erlass wird noch einmal darauf hingewiesen, dass die Notverordnung vom 28. März nur in einer Weise ausgelegt und gehandhabt werden dürfe, die dem in der Verordnung liegenden Geist der Befriedung und ihrem Zweck, Missbräuche politischer Rechte zu verhüten, entspreche, und die dem Gemeinwohl dienende politische Betätigung nicht einengen und behindern dürfe. Die Verordnung dürfe sich nicht gegen die Freiheit der politischen Betätigung in anständiger und sachlicher Form richten. Sie wolle keinesfalls die Möglichkeit beschränken, sich zu politischer Tätigkeit zu versammeln oder den politischen Meinungsstreit durch Flugschriften zu führen. Der Minister betont schliesslich, dass er Polizeiverwalter, die künftig diese Richtlinien nicht genügend beachten, persönlich zur Rechenschaft ziehen werde.

Der Erlass fährt dann fort: "In Ergänzung und Erweiterung meines Runderlasses vom 1.4.1931 ordne ich hiermit an, dass nach § 10 Abs.2 in Verbindung mit § 13 Abs.1 Satz 1 der Notverordnung ausser den Ortspolizeivernachtern die Landräte, die Regierungspräsidenten und die Oberpräsidenten für die Vorlage von Plakaten und Flugblättern politischen Inhalts zuständig sind, je nachdem die Verbreitung über einen Ortspolizeibezirk hinaus innerhalb eines Kreises, eines Regierungsbezirks oder einer Provinz erfolgen soll. Die Bescheinigung über die erfolgte Vorlage hat in diesen Fällen durch die Landräte, die Regierungspräsidenten oder die Oberpräsidenten in der in meinem Runderlass vom 1.4.1931 vorgeschriebenen Form zu erfolgen. Sie ersetzt die bisher vorgesehene Vorlage bei den Ortspolizeibehörden. Die Oberpräsidenten, die Regierungspräsidenten und die Landräte haben Vorsorge zu treffen, dass die bei ihnen erfolgte Vorlage eines Plakats oder Flugblatts politischen Inhalts, dessen polizeiliche Beschlagnahme und Einziehung nicht in Aussicht genommen ist, den Ortspolizeibehörden ihres Amtsbereichs rechtzeitig bekanntgegeben wird."

SPD. Sofia, 20. April (Eig. Drahtb.)

Die bulgarische Regierung ist am Montag zurückgetreten. Ehe der König jemand mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt, wird er mit den Parteiführern verhandeln.

SPD. Am Donnerstag will das Reichskabinett, dessen Mitglieder seit der Vertagung des Reichstags beurlaubt waren, seine Arbeiten wieder aufnehmen. Auf der Tagesordnung dieser Kabinettsitzung stehen agrarpolitische, finanzpolitische und sozialpolitische Fragen.

Um was es sich dabei im einzelnen handelt, ist bisher nicht mitgeteilt worden. Man weiss jedoch aus den Erörterungen des Reichstags, dass das Kabinett sich in erster Linie wiederum mit den Zollerhöhungswünschen der Landwirtschaft zu beschäftigen haben wird, über die im März innerhalb der Reichsregierung grosse Meinungsverschiedenheiten bestanden haben. Auch heute dürften sie noch vorhanden sein, zumal durch das Zollermächtigungsgesetz weitere Schranken gegen Zollerhöhungen aufgerichtet worden sind. So dürfen die bestehenden Handelsbeziehungen mit anderen Ländern nicht gestört werden. Es darf durch die Zollmassnahmen auch weder eine Erhöhung des Brotpreises noch eine Erhöhung der allgemeinen Lebenskosten erfolgen. An diese Schranken wird man die Reichsregierung umso mehr erinnern dürfen, als Reichsernährungsminister Schiele nach wie vor an seinen ursprünglichen Plänen festzuhalten scheint, deren Verwirkli-

chung gerade in der gegenwärtigen Wirtschaftssituation Deutschlands schwere Widerstände hervorrufen müsste.

Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen ist nach wie vor überaus ungünstig. Die Steuereinnahmen bleiben hinter den erwarteten Beträgen zurück. Es ist daher anzunehmen, dass der Reichsfinanzminister schon frühzeitig zu Beginn des Etatjahres den Versuch machen wird, an den Ausgaben zu sparen, wie das in der Etatermächtigung vorgesehen ist. Allerdings scheint dem Kabinetts bisher ein klarer Plan, an welchen Stellen gespart werden soll, noch nicht vorgelegt zu sein. Bei den Beratungen der Regierung wird deshalb wahrscheinlich zunächst nur die allgemeine Linie der Sparpolitik festgelegt werden.

Die Lage des Arbeitsmarkts und der Umfang der Arbeitslosigkeit stehen mit den finanzpolitischen Fragen in allerengstem Zusammenhang. Bisher ist die Arbeitslosigkeit nur wenig gesunken. Den Beschlüssen der sogenannten Brauns-Kommission kommt deshalb eine besondere Bedeutung zu. Diese Kommission hat bis jetzt allerdings nur einen Teil ihrer Aufgaben erledigt und nur einen Teilbericht über die Verkürzung der Arbeitszeit vorgelegt. Die Beschlüsse zu den Fragen der Arbeitsbeschaffung und der Unterstützung der Arbeitslosen stehen noch aus. Die Reichsregierung will sie erst abwarten, ehe sie selbst Stellung nimmt. Unabhängig von diesen Fragen und besonders dringlich ist die Regelung der Knappschaftsversicherung, deren Lage durch das Ausbleiben der Zuschüsse aus der Lex Brüning sich gefahrdrohend gestaltet hat.

Da alle diese Fragen nicht nur von grosser wirtschaftlicher sondern auch von entscheidender politischer Bedeutung sind, so ist nicht anzunehmen, dass die Reichsregierung etwaige Entschlüsse kurzerhand durch Notverordnungen zu verwirklichen gedenkt. Wenn es auch zutreffend ist, dass der Reichstag durch seine Vertagung "weise Selbstbeschränkung" habe üben wollen, so wird man doch andererseits beachten müssen, dass diese Selbstbeschränkung nicht etwa gleichgesetzt werden darf mit dem Verzicht auf die Wahrung der Interessen der unteren Volksschichten. Der Eingriff in bestehende sozialpolitische Einrichtungen wird in weiten Volkskreisen auf so grossen Widerstand stossen, dass vor ihm rechtzeitig auf das Entschiedenste gewarnt werden soll. Die Regierung hatte zwar vom Reichstag eine bedingungslose Vertagung bis zum 13. Oktober verlangt, jedoch nicht durchgesetzt. Der Reichstag kann jederzeit durch Beschluss einer Mehrheit zusammentreten. Wir möchten annehmen, dass diese Mehrheit zustandekommt, falls die Reichsregierung den Plänen jener folgt, die die Vertagung des Reichstags zu dem bisher verhinderten Abbau der sozialen Einrichtungen durchsetzen wollten.

SPD. Frankfurt/M., 20. April (Eig. Drahtb)

Die im Zusammenhang mit der kommunistischen Spionageaffäre bei den Werken der I.G. Farben in Höchst entlassenen 23 Arbeiter waren restlos Mitglieder der RGO.

Das von dem Hauptspion Dienstbach bis ins kleinste ausgearbeitete Werkspionagesystem liess an Planmässigkeit und Systematik auch nicht das geringste zu wünschen übrig. Alle Mitglieder der RGO und der chemischen Industrie waren in Gefahr, von einer gutbezahlten Clique zur Spionage missbraucht und ins Verderben gezogen zu werden. Mancher ehrliche radikale Arbeiter ist, ohne dass er es ahnte, aus reiner Fahrlässigkeit zum Mitschuldigen geworden; denn das war das Gemeine an der Handlungsweise des Dienstbach und seiner Helfershelfer, dass sie ihre Opfer aushorchten, ohne dass sich diese der Tragweite ihrer Aussagen bewusst waren.

Den RGO-Spionen kam es nicht nur darauf an, die Analysen von Rezepten und andere Betriebsgeheimnisse in die Hände zu bekommen. Sie versuchten auch sämtliche Fabrikationsmethoden der deutschen chemischen Produktion zu erhalten. Dieser grossangelegte Versuch geistigen Diebstahls dürfte, an seinem

Ausmass und seinen Methoden gemessen, in der Geschichte der Betriebsspionage der letzten Jahrzehnte einzig dastehen. Wäre der Plan der obersten Leiter der RGO und seiner Helfershelfer geglückt, so hätte das praktisch die Brotlosmachung von tausenden von chemischen Arbeitern in Deutschland bedeutet.

SPD. Der vierte Senat des Reichsgerichts hat das auf 3 Monate lautende Verbot des Bundesorgans des Stahlhelm am Montag bis zum 1. Mai befristet. Die Befristung erfolgte unter ausdrücklicher Anerkennung der Begründung des Verbots.

Das Reichsgericht hat damit bestätigt, was der Stahlhelm sowohl gegenüber dem Reichspräsidenten als auch in der Öffentlichkeit wiederholt bestritten hat, dass der betreffende Artikel des "Stahlhelm" in "Inhalt und Form eine besonders verletzende und rohe Beschimpfung der preussischen Regierung darstellt." Das ist eine für den Stahlhelm geradezu beschämende Feststellung. Er, der täglich nach "ritterlicher Kampfweise" schreit, muss sich vom höchsten Gericht des Reiches bestätigen lassen, dass er selbst alles andere als ritterlich ist und mit den verwerflichsten Mitteln arbeitet. Ja, er hat sich nicht einmal geschämt für seine verletzende und rohe Beschimpfung bei dem Reichspräsidenten Deckung zu suchen und ihn zu Vorstellungen gegen das Verbot seines Hetzorgans zu veranlassen.

Das Urteil des Reichsgerichts in Sachen Stahlhelm ist endgültig. Damit ist der Stahlhelm von berufener Seite ein für allemal als das charakterisierte was er ist: ein Haufen zusammengelaufener Hetzer!

SPD. Paris, 20. April (Eig. Drahtb.)

Der Exkönig von Spanien wird, wie sein Hofmarschall am Montag Vertretern der Presse erklärte, mit seiner Familie vorläufig nach Fontainebleau übersiedeln, um durch seine Abwesenheit in Paris jeden Anlass zu Reibungen mit der französischen Regierung auszuschalten.

Die frühere Königsfamilie scheint ebenfalls die Absicht zu haben, sich endgültig in Frankreich niederzulassen. Ein Sekretär des Exmonarchen soll bereits in der Gegend von Cannes und Nizza auf der Suche nach einem geeigneten Wohnhaus unterwegs sein. Am Dienstag wird Alfons auf einige Tage nach London reisen um, wie es offiziell heisst, seinen Sohn Don Juan als Schüler bei der englischen Marineakademie anzumelden. Wahrscheinlich dürfte der Hauptgrund der Reise der Regelung von Geldangelegenheiten dienen, da der grösste Teil des Vermögens des Exkönigs bei englischen Banken hinterlegt ist.

SPD. Die Deutsche Volkspartei hat sich ein neues Programm gegeben, oder, um es richtiger zu sagen, es ist ihr ein neues Programm gegeben worden. Der Vorgang ist recht eigenartig. Dem Zentralvorstand, der am Sonntag zu einer Sitzung in Berlin zusammengetreten war, wurde das, man weiss nicht von wem ausgearbeitete, "neue Grundgesetz" vorgelegt und er hat es auf Antrag von Geheimrat Kahl ohne Aussprache en bloc einstimmig angenommen. Jedenfalls ein sehr vereinfachtes Verfahren, um das die anderen Parteien die Deutsche Volkspartei beneiden könnten, wenn sie nicht Wert darauf legten, dass ihre Programme nicht von oben diktiert, sondern von der Parteimitgliedschaft durchgesprochen und von einem Parteitag beschlossen würden.

Indessen die Art des Zustandekommens ist nicht unsere Angelegenheit. Wenn den Angehörigen der Volkspartei im Lande die von ihren Führern beliebte Methode gefällt, so kann es uns recht sein. Was uns interessiert ist Tendenz und Inhalt des Grundgesetzes, das im Übrigen, wie Herr Dr. Dingeldey, der Füh-

rer der Volkspartei, dargelegt hat, kein sogenanntes Fernzielprogramm, sondern eine Formulierung der Ziele des politischen Kampfes in der nächsten Zeit sein soll.

Da muss man nun freilich sagen, dass das, was sich die Herren für die nächste Zeit vornehmen, nicht wenig ist, und dass die Forderungen auch qualitativ wahrhaftig nicht als bescheiden anzusprechen sind. Gewiss gibt es da kaum etwas, das den, der die Volkspartei kennt, zu überraschen vermöchte, und schliesslich lässt sich auch die begeisterte Zustimmung des Zentralvorstandes begreifen, da ihm in dem Programm alle die Dinge präsentiert wurden, die von dem reaktionär-kapitalistischen Unternehmertum angestrebt werden.

Um die wichtigsten Punkte hervorzuheben, so verlangt man verfassungsrechtlich neben der Beschränkung der Rechte des Reichstags eine Zweite Kammer, die aus Ländervertretern, Vertretern der Wirtschaft und aus Persönlichkeiten des geistigen und öffentlichen Lebens, insbesondere auch der Kirchen und Hochschulen, bestehen soll. Ferner soll der Reichspräsident zugleich Oberhaupt des Landes Preussen sein, und endlich soll das Wahlalter auf das 25. Lebensjahr hin aufgesetzt werden. Das bedeutet also einen Vorstoss gegen die Demokratie und die Einengung der Rechte des preussischen Staates. Die Zweite Kammer, wie die Volkspartei sie sich denkt, hat eine fatale Ähnlichkeit mit dem seligen preussischen Herrenhaus, das Wahlalter für den Reichstag wird auf die Linie der Vorkriegszeit zurückrevidiert, und ähnlich wie im kaiserlichen Deutschland werden Reich und Preussen sozusagen wieder in eine Hand gegeben, nur mit dem Unterschied, dass diesmal Preussen unter eine Art von Kontrolle des Reichs gestellt wird - in der stillschweigenden Voraussetzung natürlich, dass der Reichspräsident der Volkspartei gefällt, die preussische Regierung aber ihr nicht genehm ist. Jedenfalls drückt sich in diesen drei Forderungen die ganze Rückwärtserei der Freunde des Herrn Dingeldey aus, und es will wenig bedeuten, wenn man gleichzeitig eine kleine Verbeugung vor den Symbolen des Staates macht. Denn eine Verfassung, wie sie hier konstruiert wird, kann am Ende auch einen Anhänger der schwarzweissroten Monarchie mit der Republik versöhnen.

Die Forderungen auf dem Gebiete der Wirtschaft und dem der Sozialpolitik tragen durchaus denselben Charakter. Hier ist in der Hauptsache nur programmatisch zusammengefasst, was wir aus Reden und Anträgen der Volkspartei schon lange wissen: Senkung der öffentlichen Lasten, der Steuern, der Tarife und der sozialen Abgaben; beschleunigte Herabsetzung besonders der Realsteuern und völlige Aufhebung der Hauszinssteuer; Entrechtung der mittellosen Arbeiter in den Gemeinden, da über die Gemeindegeschicke grundsätzlich nur die Bürger mitentscheiden sollen, die auch an den Gemeindelasten teilhaben; Uebernahme des Schlichtungswesens aus den Händen des Staates auf die Selbstverwaltungskörper der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Beschränkung der Arbeitslosenversicherung auf die konjunkturell Arbeitslosen und Verzicht auf die Einsetzung öffentlicher Mittel zu ihrer Erhaltung.

Das sind, wie gesagt, Ansprüche an die Gesetzgebung, mit denen wir uns schon oft genug auseinanderzusetzen hatten, und die eine erhöhte Bedeutung nur dadurch gewinnen, dass sie hier so nett nebeneinandergestellt und als Ziele des nächsten politischen Kampfes bezeichnet werden.

Es folgt dann noch die Forderung der Beseitigung der "Parteibuchbeamten"; was auf deutsch nichts anderes heisst, als dass Menschen, die aus der Arbeiterklasse kommen, der Zugang zur Verwaltung erschwert oder unmöglich gemacht werden soll. Es folgt ein Bekenntnis zu den christlichen Grundlagen deutscher Kultur und deutscher Schulerziehung und schliesslich die ziemlich unverhüllte Proklamierung des deutschen Rechts auf Aufrüstung für den Fall, dass der Völkerbund bei der Abrüstungskonferenz versagt. Das Ganze ist übergossen mit einer Sauce von ebenso schönen wie zweideutigen Redensarten. Da wird der Geist der nationalen Volksgemeinschaft - wohl gemerkt der nationalen - beschworen, da wird die Sozialpolitik als eine Politik bestimmt, die die freie menschliche Persönlichkeit im Arbeitsverhältnis zur vollen Auswirkung kommen lässt, und was

dergleichen erhebende Worte mehr sind. Aber durch alles das wird das Gericht nicht schmackhafter gemacht, und das Wesentliche bleibt, dass die Volkspartei sich programmatisch zu einem Kurs bekennt, wie ihn die Anhänger Hugenberg sich kaum reaktionärer wünschen können.

Und nun ist doch damit zu rechnen, dass die Programmformulierer bei ihrer Aktion vom Sonntag nicht stehen bleiben, sondern bemüht sein werden, in der Regierung und durch die Regierung ihre Forderungen sobald als möglich zu verwirklichen. Dadurch eröffnet sich natürlich die Möglichkeit sehr ernster innerer Konflikte, denn der Reichskanzler und sein Kabinett werden sich über den Widerstand, den die Ansprüche der Volkspartei bei den Sozialdemokraten finden, durchaus im klaren sein müssen. Herr Dingeldey hat in der Rede, die er vor seinem Zentralvorstand hielt, auch von den Opfern gesprochen, die die sozialdemokratische Partei in den letzten Monaten gebracht habe. Er wünsche, so sagte er, dass ein Führer der Volkspartei niemals in die Lage komme, seinen Anhängern so viele Zumutungen aufzuerlegen, wie es die Führer der Sozialdemokratie getan hätten. Der starke Beifall, der diesen Worten folgte, ist zu verstehen. Denn wenn wir schon an sich überzeugt waren, dass die Volkspartei um der Gesamtheit und um der Sicherung der Demokratie willen nie das auf sich nehmen werde, was die Sozialdemokratie auf sich genommen hat, so sind wir in diesem Glauben durch das neue Programm nur bestärkt worden.

Wir bereuen den Weg nicht, den wir gegangen sind. Aber von Dingeldey so gut wie von Brüning können wir erwarten, dass sie sich der Grenzen bewusst bleiben, innerhalb derer die Sozialdemokratie Lasten auf sich nehmen kann, und gerade die Programmveröffentlichung sollte dem Reichskanzler Veranlassung geben, dem Führer der Volkspartei die Notwendigkeit ihrer Innehaltung vor Augen zu führen.

SPD. Lissabon, 20. April (Eig. Drahtb.)

Der Delegierte der portugiesischen Regierung an Bord des nach Madeira entsandten Kreuzers "Vasco da Gama" hat an die Aufständischen der Insel durch Funkspruch die Aufforderung richten lassen, sich sofort den regulären Behörden zu ergeben, da sie nach der Beendigung der Revolte auf den Azoren keine ehrenwerte Rechtfertigung für ihre Haltung mehr hätten. Falls dieser Aufforderung nicht nachgekommen werden sollte, werde der Delegierte alle Land-, See- und Luftstreitkräfte, die ihm zur Verfügung gestellt seien, sofort auf Madeira konzentrieren.

Die Aufständischen haben inzwischen eine provisorische Regierung mit General Dias als Ministerpräsidenten gebildet und einen Auslandsvertreter mit dem Sitz in Paris ernannt.

SPD. Es wird uns geschrieben: "Der bekannte nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gottfried Feder hatte gegen den verantwortlichen Redakteur des "Simplicissimus" beim Amtsgericht Nürnberg Antrag auf Privatklage gestellt, weil er sich durch ein Gedicht von Ratatöskr "Gottfried Feders Aktien" beleidigt gefühlt hatte, insbesondere durch die Verse "Seine Aktien hätt' er gern verschoben, eh' den Andern dies verboten war". Auf diese Privatklage hat der "Simplicissimus" mit einer ausführlichen Darlegung tatsächlicher und rechtlicher Art erwidert, in welcher der Wahrheitsbeweis für die benannten Vorgänge angetreten war. Feder hat es daraufhin vorgezogen, die ihm vom Amtsgericht Nürnberg gesetzte Frist zur Erbringung des für die Zuständigkeit des Gerichtes entscheidenden Nachweises, dass Nürnberg sein Wohnsitz sei, verstreichen und seine Klage infolgedessen kostenpflichtig abweisen zu lassen.

Da gegen diesen Gerichtsbeschluss ein weiteres Rechtsmittel von Feder nicht eingelegt und die Einstellung damit rechtskräftig geworden ist, dürfte erwiesen sein, dass Feder offenbar keinen Wert darauf legt, vor Gericht seine Handlungsweise vom 8. November 1923 zu rechtfertigen und zu dem angebotenen Wahrheitsbeweis Stellung zu nehmen."

SPD. Paris, 20. April (Eig. Drahtb.)

In der Montagsitzung des Ministerrats, der unter dem Vorsitz des Präsidenten Doumergue stattfand, gab Kriegsminister Maginot eine Uebersicht über die Fortschritte der Grenzverteidigungsarbeiten an der Ostgrenze und über die Mittel, mit denen der Grenzausbau finanziert werden soll.

Der Ministerrat billigte ferner die Instruktionen des Aussenministers und des Marineministers an die französischen Delegierten zu den Londoner Flottenabrüstungsverhandlungen. Die Verhandlungen sind seit dem 14. April offiziell wieder aufgenommen worden; haben aber infolge der Abwesenheit des französischen Delegationsführers bisher nur zur Klärung untergeordneter Fragen geführt. Der französische Hauptdelegierte reist am Dienstag nach London und dürfte der englischen Regierung einen Vermittlungsvorschlag der französischen Regierung über die beiden strittigen Punkte des Abkommens (Recht Frankreichs auf Ersatz unmoderner Kriegsschiffe nach 1933, Verringerung des Geschützkalibers für die beiden neuen französischen Panzerkreuzer) überbringen. Briand hat den englischen Geschäftsträger in Paris nach dem Ministerrat über die neuen Instruktionen Massigliis unterrichtet.

SPD. Der Industrie-Spionagefall Steffen u. Co. ist den Herren Kommunisten fürchterlich unangenehm. Mit wildem Geschrei über Polizeischwindel, Rache für den roten Betriebsrätesieg, Intrigen ausländischer Mächte usw. wollten sie den Fall abtun. Krampfhaft versuchen sie, die Öffentlichkeit von dem Treiben Steffens, des organisatorischen Leiters der RGO, abzulenken. Sie wissen, warum. Dieser Steffen verdingte sich ja schon einmal in den Maschen der Justiz wegen einer Sache, die mit Industriespionage gewisse Berührungspunkte hat. Er wurde vom Amtsgericht Ilmenau in Thüringen 1928 zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er bei seiner sehr intensiv betriebenen Anwerbung von Glasfacharbeitern für Sowjetrußland die vom Gesetz gesteckten Grenzen überschritten hatte.

In ihren Ablenkungsversuchen kommt die kommunistische Presse auch wieder mit einem alten Schwindel. Vor Jahren schon hatte Steffen dem Fabrikarbeiterverband Millionen Farbenaktien als Besitz angedichtet. Diese alte Lüge wird nun, damit sie sich besser ausnimmt, mit einer neuen zusammen in Umlauf gebracht. Die neue Lüge lautet, der Gauleiter Bruhns vom Fabrikarbeiterverband sei Aufsichtsratsmitglied der IG-Farbenindustrie.

Einen dümmen Schwindel konnten die Steffen und Konsorten nicht gut erfinden. Aber ihre Gewerkschaftsbonzenstatistik hat ja soeben erst gezeigt, dass sie auch zum Lügen zu dumm sind.

SPD. Madrid, 20. April (Eig. Drahtb.)

Der bisherige Kommandant der Zivilgarde, General San Jurjo, ist anstelle des Generals Jordana zum Oberkommissar in Marokko ernannt worden.

Die provisorische Regierung hat den Komponisten Oscar Espla und den Dichter Manuel Machabo mit der Abfassung einer republikanischen Nationalhymne beauftragt.

SPD. Im Preussischen Landtag ist folgende Kleine Anfrage der Abgg. Lewentz und Parten (Soz) eingegangen :

"Am Donnerstag, den 9. April 1931 wurde vor der Berufungsinstanz beim Landgericht Gladbach-Rheydt der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Florian von der Anklage des Verstosses gegen das Republikenschutzgesetz freigesprochen. Florian hatte in einer öffentlichen Versammlung am 13. August 1930 in Rheydt unter heftigen Angriffen auf die Staatsordnung auch die Äusserung getan: "Das System seit 1918 sei Lüge und Phrase, und davon sei das deutsche Volk vor die Hunde gegangen." Wegen dieser Äusserung war Florian in erster Instanz zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Das freisprechende Urteil in der Berufungsinstanz wurde nach dem Bericht der Düsseldorfer nationalsozialistischen Zeitung damit begründet, dass Florian nicht die Absicht gehabt habe, die republikanische Staatsform zu beleidigen. Wenn er von Lüge und Phrase des Systems seit 1918 gesprochen habe, so sei er davon ausgegangen, (das Düsseldorfer Blatt zitiert wörtlich): "dass Unwahrhaftigkeit und Phrase leider im heutigen Deutschland vorherrschen".

Wir fragen das Staatsministerium: 1.) Ist dieser Satzteil wirklich in der Urteilsbegründung vorgekommen? 2.) Wenn ja: a) sollte damit gesagt sein, dass die Angriffe des Florian auf das heutige System richtig seien oder dass sich das erkennende Gericht die Äusserung des Florian zu eigen macht? b) billigt das Staatsministerium diese Feststellung?"

SPD. Schneidemühl, 20. April (Eig. Drähtb)

Am Montag begann in der Schulaula zu Märkisch-Friedland ein Landfriedensbruchprozess gegen 24 Arbeiter, die beschuldigt werden am Vora'nd der letzten Reichstagswahlen die Absicht kundgetan zu haben, eine nationalsozialistische Versammlung zu sprengen. Im Verlauf des Vorfalles kam es zu Tumulten, Zusammenrottungen und zur Auflösung der Versammlung. Anschliessend wurde das Versammlungslokal belagert. Schliesslich kam es auch noch zu einer Schlägerei. Es wurde geschossen und mit Steinen und Flaschen geworfen. Die Anklage lautet auf Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Zusammenrottung, Vergehen gegen das Waffengesetz usw. In der ersten Instanz waren die 24 Angeklagten zu insgesamt 108 Monaten und 2 Wochen Gefängnis verurteilt worden.

Die Angeklagten bestritten auch am Montag, dass sie die Absicht gehabt hätten, die nationalsozialistische Versammlung zu sprengen. Infolge der wüsten Beschimpfungen der sozialdemokratischen Minister Severing, Hilferding und Braun durch den nationalsozialistischen Redner seien Zwischenrufe gefallen, die schliesslich zur Auflösung der Versammlung geführt hätten.

Der Zeuge Gendarmeriewachtmeister Hoppe bestätigte die Aussagen der Angeklagten und hob hervor, dass er den SA-Führer gebeten habe, nicht mit der SA-Abteilung in den Saal zu rücken. Als die Versammlung geschlossen worden wäre, sei es vor dem Versammlungslokal zu Ansammlungen gekommen. Inzwischen sei aus der Nachbarschaft SA-Verstärkung geholt worden. Die Nationalsozialisten seien dann geschlossen vorgegangen, um die versammelten Menschen zurückzudrängen. Im gleichen Augenblick sei es zuder Schlägerei gekommen.

Die Verhandlungen dauern voraussichtlich 5 Tage. Es sind 79 Zeugen geladen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "Der preussische Innenminister hat die Regierungspräsidenten ersucht, die Gemeindevorsteher zu sorgfältiger Beachtung des § 19 der Landesabstimmungsordnung anzuhalten, wonach sie Eintragungslisten unverzüglich nach Ablauf der Eintragsfrist mit vorgeschriebener Beurkundung abzuschliessen haben. Eintragungen nach Ablauf der Frist sind unter allen Umständen zu verhindern."

SPD. Kiel, 20. April (Eig. Drahtb.)

Die Korruptionsfälle bei der Nazi-Partei in Schleswig-Holstein haben sich um einen vermehrt.

In Flensburg ging es seit einiger Zeit mit den Nationalsozialisten rasend bergab. Ihre Versammlungen waren schlecht besucht, ihre Mitgliederzahlen auf den Nullpunkt gesunken. Jetzt erfährt man den Grund. Von der hiesigen nationalsozialistischen Führung, in deren Kreisen man sich in letzter Zeit oft über die niedrigen Gehälter der Provinzfürher unterhielt, kamen der Propagandaleiter und der SA-Führer auf den Gedanken, ihre Einnahmen durch Unterschlagungen zu erhöhen. Der Propagandaleiter machte sich über die einlaufenden Zeitungs-gelder, der SA-Führer über die Kleidergelder her. Als die Unterschlagungen bekannt wurden, entstand eine Opposition gegen die Leitung, die in der Hauptsache von Arbeitern entfacht worden war. Der Ortsgruppenvorstand war daraufhin 30 der Opponenten kurzerhand aus der Partei hinaus. Eine Beschwerde gegen den Ortsgruppenvorstand führte zu dessen Massregelung durch die Gauleitung. Aber damit war die Situation durchaus nicht geklärt. Auch der neue Ortsgruppenvorstand schloss mehr als 20 Mitglieder aus. Die Folge war, dass wiederum 20 Mitglieder freiwillig die Partei verliessen, sodass die ganze Ortsgruppe jetzt nur noch aus dem Ortsgruppenvorstand besteht. Wahrscheinlich die einzige Möglichkeit, weiteren Unterschlagungen vorzubeugen.

Interessant sind auch Vorgänge in Kiel, wo die Reichsleitung der Nationalsozialistischen Studentengruppe die beiden Führer der hiesigen Nazi-Organisation, den Ortsgruppenleiter Sunkel und den Führer der Hitlerjugend Dr. Hempel aus der Nationalsozialistischen Studentenvereinigung ausgeschlossen hat. Beide hatten die Aufgabe, nach den Unterschlagungen in Kiel neuen Geist und neue Ordnung in die Ortsgruppe zu bringen. Jetzt wurden sie von der Reichsleitung gemassregelt, weil beide den Versuch unternommen hatten, den Reichsleiter der Nationalsozialistischen Studentengruppe Baldur v. Schierach wegen dessen angeblicher Unfähigkeit und anderer Qualitäten zu beseitigen.

SPD. In Halle a.d.S. sind fünf ehemalige kommunistische Parteifunktionäre zur SPD übergetreten. Sie haben diesen Schritt mit folgender Erklärung begründet :

"Nach all den reichen Erfahrungen, die die Unterzeichneten im Laufe der vergangenen Jahre gemacht haben, kommt als einzig grosser Sammelpunkt für die Arbeiterschaft nur die Sozialdemokratische Partei in Frage, deren Reihen es zu stärken gilt, damit sie erfolgreich allen Anstürmen ihrer Gegner gewachsen ist und ihren Aufgaben jederzeit gerecht werden kann. Daran wollen wir mitarbeiten im Interesse der gesamten Arbeiterschaft. Die KPD, die wir zur Genüge kennen gelernt haben, kann nach ihrer Entwicklung bis zum heutigen Tage keinen Anspruch mehr erheben auf Bezeichnung als Arbeiterpartei; ihr arbeiter-schädigendes Verhalten tritt mit jedem Tag mehr in Erscheinung. Gerade die Unterzeichneten haben an einer ganzen Reihe von Beispielen feststellen müssen, dass die KPD direkt arbeiterfeindlich gesinnt ist. Der kommunistische Gedanke ist von dieser Partei völlig in den Schmutz getreten worden. Ihr Ziel ist die Zersplitterung der Arbeiterschaft, die Zerschlagung der bestehenden Massenorganisationen, um an deren Stelle einflusslose Grüppchen entstehen zu lassen. Ihr ist die Partei alles, die Bewegung nichts. Sie kennt nur das eine Ziel: durch Putscherei zur Macht zu gelangen, um dann alle, die nicht hundertprozentig auf Moskau schwören, zu terrorisieren und tyrannisieren, Wehe dem, der in der KPD eine eigene Meinung äussert!

In diesem Zeichen gerät die KPD immer mehr in den Sumpf. In ihren Reihen herrschen Korruption, Heuchelei, Betrug und Schwindel. Das gleiche Bild auch nach aussen. Die Arbeiteröffentlichkeit wird belogen, dass sich die Balken biegen. Nur so gelingt es dieser Partei zurzeit noch, sich einigermaßen über-

Wasser zu halten. Der Zusammenbruch muss aber früher oder später kommen.

Wir fordern deshalb alle mit uns gleichgesinnten Arbeiter sowie alle, die schon innerlich mit der KPD gebrochen haben, auf, dieser Partei den Rücken zu kehren und sich mit uns in der SPD zu vereinigen, um zu kämpfen für den Aufstieg der Arbeiterklasse und damit für eine bessere Zukunft. L. Drechsler, W. Rückwaldt, Fritz Riebenstahl, P. Blodau, Paul Gaitzsch."

Drechsler war seit 1920 bis vor kurzem Redakteur an dem kommunistischen Parteiorgan in Halle, dem "Klassenkampf" und Führer der Provinziallandtagsfraktion; Rückwaldt und Riebenstahl waren bis vor kurzem Mitglieder der kommunistischen Rathausfraktion in Halle.

SPD. Brüssel, 20. April (Eig. Drahtb.)

In Brüssel ist ein Streik der Schriftsetzer und Buchdrucker ausgebrochen, sodass die meisten Tageszeitungen nur in begrenztem Umfang erscheinen konnten. Auch das sozialistische Organ "Le Peuple" wird bestreikt. Das Blatt wird deshalb bis auf weiteres in kleinerem Umfang in Gent, in der Druckerei der flämischen sozialistischen Zeitung "Vooruit" hergestellt.

Der Streik der Brüsseler Buchdruckergewerkschaft ist unter Missachtung eines Beschlusses des Zentralverbandes der Buchdrucker sowie ihres am 12. April stattgefundenen Kongresses vom Zaune gebrochen worden. Im Grunde genommen handelt es sich um einen Konflikt zwischen dem Zentralverband der Buchdrucker und -Setzer und seiner Brüsseler Ortsgruppe, die schon seit längerer Zeit unter kommunistischem Einfluss steht. Das Vorgehen dieser Ortsgruppe und der Streikenden wird von der gesamten belgischen Arbeiterbewegung als schwerer Verstoss gegen die Gewerkschaftsdisziplin aufs schärfste verurteilt.

SPD. Der Amtliche Preussische Pressedienst brachte kürzlich einen Auszug aus einer Rede des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Nieland (Hamburg). Dr. Nieland hatte in seiner Rede auf einem Werbeabend der nationalsozialistischen Ortsgruppe Flensburg erklärt:

"Wir sind nicht legal - wir sind es nur, weil wir zu klug sind. Wir warten nur darauf, dass die Gegenseite beginnt, dann sind wir auf dem Plan, um ein nationalsozialistisches Deutschland zu errichten."

Der "Völkische Beobachter" hatte die Wiedergabe dieser Rede als "Nazi-Hetze" bezeichnet und unter den für seine Redaktionsführung selbstverständlichen unmanierlichen Beiworten behauptet, dass der Sinn der Rede seines Parteigenossen "völlig verfälscht" worden sei. Demgegenüber stellt der Amtliche Preussische Pressedienst nach nochmaliger gründlicher Nachprüfung des Sachverhaltes fest, dass die Äusserung des Dr. Nieland wortgetreu wiedergegeben worden ist, und dass es keiner Verdrehungskunst des "Völkischen Beobachters" gelingen wird, den sehr klaren Sinn dieser Äusserung nach seinem augenblicklichen taktischen Bedürfnis umzubiegen.

SPD. Rom, 20. April (Eig. Drahtb.)

Ein belgischer Staatsangehöriger, der bekannte Literaturprofessor Dr. Leopold Moulin, wurde in Mailand auf einer Italienreise wegen angeblichen antifaschistischen Verhaltens verhaftet. Er war 14 Tage lang verschollen und wurde im Auftrage des Brüsseler Ministeriums durch die belgischen Konsulate in Italien gesucht.

Am Montag hat die italienische Regierung mitteilen lassen, dass Moulin die Touristenfahrt im Auftrage einer Gruppe italienischer Flüchtlinge, die

im Ausland leben, zur Uebermittlung von Briefen und Propagandamaterial an bestimmte antifaschistische Kreise in Italien benutzt habe. Moulin habe auch mit Kreisen Fühlung genommen, die ein terroristisches Attentat vorbereiteten. Ein zu diesen Leuten gehörender Italiener, ein gewisser Fossati Arialda, sei ebenfalls verhaftet worden. Moulin und Arialdo würden zur Aburteilung vor ein Ausnahmegesicht gestellt.

Es ist das erstemal, dass man in Italien einen Ausländer vor das Ausnahmegesicht, gegen dessen Urteile keine Berufung möglich ist, zu stellen wagt.

SPD. Die belgische Regierung hat - wie uns aus Brüssel gemeldet wird - die spanische Republik anerkannt.

SPD. Rom, 20. April (Eig. Drahtb.)

Der Generalsekretär der faschistischen Partei teilte in einer öffentlichen Rede mit, dass bei der letzten Säuberungsaktion rund 100 000 Mitglieder, also etwa ein Zehntel, aus der faschistischen Partei ausgeschlossen worden seien. Ferner wandte sich der Generalsekretär scharf gegen die vom Vatikan unterstützten Versuche zum Ausbau der katholischen Berufsverbände und der Jugendbewegung.

SPD. Das "Berliner Tageblatt" meldet: "Auch die Hamburger Nationalsozialisten haben jetzt eine feudale Villa als Parteibüro bezogen, eine Art Braunes Haus Nummer drei. In spaltenlangen Ausführungen berichtet das nationalsozialistische Blatt Hamburgs über "die gewaltigen Zimmerfluchten, die sich aneinanderreihen, und dass selbst das kleinste Zimmer ein kleiner Saal sei."

SPD. Giessen, 20. April (Eig. Drahtb.)

In einem bei Giessen gelegenen Walde wurde dieser Tage die Leiche des Obergrenadiers Wagner vom Reichswehrkommando Giessen gefunden. Wagner, der seit dem 23. Februar vermisst wurde, hatte sich erhängt. Er war in dem Giessener Reichswehrkommando als Musiker tätig. In der Nähe seiner Leiche wurde ein Zettel gefunden, auf dem es hiess: "Der Alte soll am lebendigen Leibe verfaulen."

Die sozialdemokratische "Giessener Volkszeitung" führt den Selbstmord Wagners auf Schikanen zurück, die ihm lange Zeit durch den Obermusikmeister Löber zuteil geworden sind. "So gehörte es - wie das sozialdemokratische Blatt schreibt - zu den Alltäglichkeiten, dass der Obermusikmeister das musikalische Können seiner Musiker in herabsetzender Weise bekritelte. Ausdrücke wie Schuster, Dorfmusikanten, Stümper, lieber mit einer Rotte Zuchthäusler spielen und ähnliche "Liebenswürdigkeiten", waren an der Tagesordnung. Das war aber nicht alles. Seine erklärten "Lieblinge", die merkwürdigerweise befähigte Musiker waren, mussten während der Proben aufstehen und allein spielen. Die gehässigen und bissigen Redensarten, die Löber dabei anwandte, brachten z.B. den Obergrenadier Wagner, der dieser Hölle durch Selbstmord entrann, soweit, dass er wiederholt in den Proben weinte. Die Obergrenadiere Wagner und Bauer scheint Löber überhaupt besonders in sein Herz geschlossen zu haben. Wagner war trotz seiner Jugend 3 Jahre lang erster Trompeter und besass eine hohe künstlerische Begabung. Um diese Begabung in das rechte Licht zu rücken und zu fördern, verfuhr der Obermusikmeister in der Weise, dass er bei Konzerten die Trompetensolis in schikanöser Weise an den Schluss des Programms setzte, als Wagner bereits abgespielt war. Vermeinte Löber nun den geringsten Fehler

zu entdecken, so musste Wagner am andern Morgen in der Wohnung des Obermusikmeisters antreten. Hier wurde er, auch bei grimmiger Winterkälte, in die Waschküche gestellt, wo er stundenlang üben musste. "Um das Versäumte nachzuholen", wie Herr Löber zynisch bemerkte. Dieses Waschküchenkonzert wurde auch von andern Musikern ausgeübt.

Eine weitere musikalische Ausbildungsmöglichkeit, die nach Löbers Meinung auch hohen militärischen Erziehungswert besass und geeignet war, die Freude am Soldatenberuf zu erhöhen, bestand darin, dass der Musikmeister auf den Gedanken kam, die Musiker ohne Rücksicht auf Alter und Dienstgrad während der Probe in Kniebeuge spielen zu lassen. An einem glutheissen Sommertag erhielt die Kapelle Befehl, das von einer Uebung heimkehrende Bataillon abzuholen. Die Wartezeit bis zum Eintreffen des Bataillons vertrieb Löber den Musikern in der Weise dass er sie einzeln im Paradeschritt, den Stahlhelm auf dem Kopfe, auf der staubigen sonnendurchglühten Landstrasse auf- und abmarschieren und alle Märsche spielen liess, die das Repertoire der Kapelle aufwies."

Unter diesen Schikanen hat Wagner, wie die sozialdemokratische Volkszeitung in Giessen weiter mitteilt, besonders gelitten. Schon im vergangenen Jahre habe er einen Selbstmordversuch unternommen. Wie Wagner habe auch der Obergrenadier Bauer unter Schikanen seines Obermusikmeisters leiden müssen. In seiner Verzweiflung habe er eines Tages in seiner Wohnung den Gashahn aufgedreht. Im letzten Augenblick sei er von seiner Wirtin vor dem Tode bewahrt worden. Als er in das Musikkorps zurückgekehrt sei, habe Löber ihn weiter schikaniert, sodass er schliesslich fahnenflüchtig geworden sei. Seine Verteidigung vor Gericht, das ihn zu 8 Monaten Gefängnis verurteilte, habe er mit den Worten geschlossen: "Ich wollte lieber ins Gefängnis als ins Irrenhaus".

+ + +
Wir zweifeln nicht daran, dass der Reichswehrminister den Beschuldigungen gegen den Giessener Obermusikmeister Löber schnellstens auf den Grund gehen wird bzw. die notwendigen Ermittlungen bereits veranlasst hat. Eine schnelle Klarstellung des Sachverhalts liegt vor allem im Interesse der Reichswehr.

SPD. London, 20. April (Eig. Drahtb.)

Der Exkönig von Spanien und einer seiner Söhne treffen am Dienstag-Abend in London ein. Obwohl Don Alfonso im engsten verwandtschaftlichen Verhältnis zum englischen Königshaus steht, wird er nicht Gast des englischen Hofes sein, sondern in einem Privathotel absteigen.

Offiziell heisst es, Alfons wolle seinen Sohn in einer englischen Marineschule unterbringen. Wahrscheinlicher ist jedoch die Meldung eines Londoner Abendblattes, dass der Besuch des Exkönigs in erster Linie der Frage seines in London untergebrachten Barvermögens diene, das in der City auf 40 bis 60 Millionen Goldmark geschätzt wird. Die Londoner Polizei hat zum Schutze des angeblich von Attentätern bedrohten Exkönigs einen umfangreichen Sicherheitsdienst eingerichtet.

SPD. Wien, 20. April (Eig. Drahtb.)

Die Leiche des Präsidenten Eldersch wird am Dienstag im Bildungsheim seines Wahlbezirks aufgebahrt. Am Donnerstag-Vormittag um elf Uhr findet eine Trauersitzung des Parlaments statt. Am Mittag wird die Leiche zum Krematorium übergeführt. An dem Trauerzug, der sich von dem Ort ihrer Aufbahrung über die Ringstrasse zum Parlament bewegen wird, werden der Bundespräsident, der Bundeskanzler und der christlich-soziale Präsident des Nationalrats mit zahlreichen Abgeordneten teilnehmen. Die Einäscherung im Krematorium erfolgt um $\frac{1}{2}$ 6 Uhr nachmittags.

Im Ältestenausschuss des Parlaments hielt der christlich-soziale Vize-

präsident am Montag einen warmen Nachruf auf den Verstorbenen. Der Bundespräsident, der Bundeskanzler, Vizekanzler Schober sowie die Präsidentin der beiden bürgerlichen Parteien haben der Sozialdemokratie und den Angehörigen des Verstorbenen schriftlich ihr Beileid ausgesprochen.

SPD. London, 20. April (Eig. Drahtb.)

Im Unterhaus begann am Montag eine grosse Debatte über die Frage, ob in England Sonntags die Kinos geöffnet und Konzerte veranstaltet werden sollen oder ob es bei der durch Gesetz aus dem Jahre 1780 vorgeschriebenen völligen Sonntagsruhe bleiben soll. Der Debatte liegt ein Vorschlag der Regierung zugrunde, wonach das Gesetz von 1780 aufgehoben und die Oeffnung von Kinos und Konzertsälen gestattet werden soll. Die Meinungen hierüber sind jedoch in den kirchlich-zivilen Kreisen und selbst in den einzelnen Parteien so geteilt, dass die Regierung die Abstimmung freigegeben hat und es den Abgeordneten überlässt, was sie mit der Regierungsvorlage anfangen wollen.

Innenminister Clynes, der die Regierungsvorlage begründete, ist der Ansicht, dass es an der Zeit sei, auch in England den Sonntag den Anforderungen der Zeit anzugleichen. Die Abstimmung über das Gesetz ist für elf Uhr nachts angesetzt. Wird es abgelehnt, so müssen auch die Londoner Kinos schliessen, denen es bisher durch Erlaubnis des Londoner Magistrats erlaubt war, am Sonntag zu spielen.

SPD. Brasilien, Ecuador, Bolivien und Columbien haben die spanische Republik anerkannt.

SPD. Rom, 20. April (Eig. Drahtb.)

Der Papst hat in einer grossen Rede in den Kampf um die vom Vatikan geförderte katholische Zentrale "Azione Katholika" eingegriffen. Ihre moralischen und sozialen Bemühungen bezeichnete er überall und auf jedem Gebiet als gesetzesmässig, notwendig und unersetzbar. Die Worte des Papstes sind als Antwort auf Angriffe der Faschisten zu werten.

SPD. Kopenhagen, 20. April (Eig. Drahtb.)

In Dänemark haben die Arbeitgeber die geplante Aussperrung vorläufig bis Freitag verschoben. Es besteht die Möglichkeit, dass bis dahin in der Metallindustrie eine Einigung erzielt wird, so dass die Grossaussperrung vermieden werden kann. In der Schuhwarenindustrie scheint es jedoch zu einer Aussperrung von 4 000 Arbeitern zu kommen.

SPD. Stuttgart, 20. April (Eig. Drahtb.)

Die Württ. Ärztekammer veröffentlicht jetzt in Anbetracht zahlreicher irreführende Meldungen über ihre letzte Sitzung, die sich mit dem Verfahren gegen die Ärzte Wolf und Kienle beschäftigte, einen Bericht, in dem die gegen den 2. Vorsitzenden der Kammer, Sanitätsrat Dr. Neunhoffer, gerichteten Angriffe als "völlig unberechtigt" zurückgewiesen werden. Gleichzeitig erklärt sie ihr Einverständnis mit seinem Vorgehen, "das im Interesse der hilfeschreitenden Frauen und somit im höheren Interesse notwendig gewesen sei, um weiterem Unheil vorzubeugen". Bei der Zusammensetzung der Kammer war ein anderes Verhalten

gegenüber den Angriffen auf Dr. Neunhoeffler kaum zu erwarten.

Auf Grund eines weiteren Beschlusses der Kammer sollen ferner die bisherigen Bestimmungen über das Verhalten der Ärzte bei der Unterbrechung der Schwangerschaft wie folgt ergänzt werden: Zur Feststellung der Begründung für eine Schwangerschaftsunterbrechung ist die vorherige Beratung mindestens mit einem zweiten Arzt erforderlich. Das Ergebnis dieser Beratung ist in einem von beiden Ärzten unterzeichneten Protokoll niederzulegen und innerhalb von drei Tagen in verschlossenem Umschlag dem Vorsitzenden der Ärztekammer oder seinem Stellvertreter einzusenden, der darüber eine Empfangsbescheinigung abgibt.

SPD. Dresden, 20. April (Eig. Drahtb.)

Für das sächsische Baugewerbe wurde von der Schlichterkammer in Dresden ein Schiedsspruch gefällt, der in den Ortsklassen I bis IV eine Lohnsenkung ab 1. April um 10,7 bis 13 % vorsieht. Die Erklärungsfrist läuft bis zum Mittwoch.

SPD. Genf, 20. April (Eig. Drahtb.)

In den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes ist am Montag der neue Vertreter der spanischen Regierung, Professor Posado, eingeführt worden. Er war bereits auf der ersten Arbeitskonferenz in Washington Delegierter der spanischen Regierung.

SPD. Asienforscher Trinkler +. Im Krankenhaus Bremerhaven verstarb am Montag der bekannte Tibetforscher Dr. Emil Trinkler, der vor wenigen Tagen bei einem Autounfall auf der Strecke Bremen-Bremerhaven schwere Verletzungen erlitten hatte. Dr. Trinkler ist durch seine im Jahre 1927/28 gemeinsam mit der von Dr. de Terra und dem Schweizer Pflanzenforscher Bosshardt durchgeführten Expedition in das unerforschte Zentralasien in die Reihe der führenden Asienforscher vorgerückt. In der 19 Monate lang währenden Expedition durchzogen die drei Forscher das westtibetanische Hochplateau, die wildzerklüfteten Kara-Korum- und Kuen-Lun-Gebirge und das Gebiet der chinesischturkestanischen Wüste. In dem Buche "Im Land der Stürme - mit Yak- und Kamelkarawanen durch Innerasien", legte Dr. Trinkler die theoretischen Ergebnisse seiner Forschungen nieder, während die mitgebrachten Schaustücke, die beinahe von den Chinesen konfisziert worden wären, im Bremer Museum zu bewundern sind.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Dienstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

W. Aus aller Welt

Mordanschlag auf Mordanschlag.

Der tägliche nationalsozialistische Totschlagsprozess - Urteil: zwei Jahre Gefängnis.

SPD. Am Montag wurde vom Landgericht I in Berlin der knapp 21jährige Nazi-Funktionär Gerhard Pantel, Führer eines "Fähnleins" der Hitlerjugend, wegen versuchten Totschlags und unbefugten Waffenbesitzes zu insgesamt 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Prozesse gegen nationalsozialistische Menschenjäger in Berlin-Moabit häufen sich. Die gesamte Hitler-Garde scheint sich, mit dem noch rauchenden Revolver in der Hand, in den Hallen der Gerechtigkeit ein unfreiwilliges Stelldichein zu geben.

Am 18. Februar dieses Jahres gingen zwei Reichsbannerleute in der Nähe des Berliner Rathauses, nichtsahnend und in ein Gespräch vertieft, spazieren, als ein junger Mensch auf sie zusprang und ihnen entgegen schrie: "Zurück, oder ich schieße!" Die Reichsbannerleute blieben stehen, andere Passanten und ein Schutzpolizist kam herzu, um dem gemeingefährlichen jungen Menschen die Waffe, die er schussbereit in der Hand hielt, zu entziehen. Dies gelang jedoch nicht ohne weiteres, der Schiesswütige gab mehrere Schüsse ab und verletzte einen Reichsbannerkameraden namens Fabisch durch einen Armschuss. Fabisch ist im Prozess gegen Pantel als Nebenkläger durch Rechtsanwalt Joachim vertreten.

Der Brief an die "Rote Fahne".

Auf der Anklagebank sitzt ein schwächlicher Jüngling, der immerzu vor sich hingrinst und sich ganz offensichtlich als Held des Tages fühlt. Anhaltend hält Pantel in provokatorischer Weise im Verhandlungssaal Umschau nach Gesinnungsgenossen. Von Reue ist keine Spur zu bemerken, der Angeklagte scheint über seine Tat höchst befriedigt zu sein.

Wes Geistes Kind dieser Pantel ist, zeigt ein Brief, den er kurz vor seiner Tat an die kommunistische "Rote Fahne" in Berlin geschrieben hat und in dem er sich selbst bei den Kommunisten als gefährlicher Naziführer denunziert, den man unschädlich machen müsse. In dieser widerwärtigen Lockspitzelei eines entarteten jungen Menschen heisst es u. a. "Genossen! Ich möchte Euch auf einen Naziführer aufmerksam machen, der für den roten Osten ungemein gefährlich ist. Anhaltend organisiert er Ueberfälle auf den K.J.V. und holt die Jungarbeiter zu Adolf Hitler herüber. Am 26. Februar will er Eure Versammlung sprengen. Bereitet ihm den richtigen Empfang. Neben Wessel ist noch Platz genug. Nieder mit die Hitler-Sau! Rot Front! Bild und Adresse des Nazis füge ich bei. Es ist ein Gerhard Pantel, Schönhauserstrasse 26". Durch Schriftproben konnte festgestellt werden, dass Pantel diese Mordhetze gegen seine Person selbst produziert hatte. In die Enge getrieben, legte er in der Voruntersuchung ein Geständnis ab und betonte, dass er den Brief geschrieben habe, um auf sich aufmerksam zu machen. Man ersieht daraus was für krankhafte Geschöpfe in der NSDAP eine Rolle spielen können.

Die Reichsbannerkameraden als Zeugen.

Die Beweisaufnahme ergab lückenlos die schwere Schuld des Pantel. Neben den Reichsbannerkameraden, die als Zeugen auftraten, fiel besonders die Bekun-

ding eines gänzlich unbeteiligten älteren Mannes namens Bohstein, ins Gewicht, der keine Beziehungen zu den Angegriffenen hat und auch nicht Mitglied des Reichsbanners ist. Er schilderte den plötzlichen, gänzlich unmotivierten Ueberfall des Pantel, der mit der Pistole in der Hand die nichtsahnenden Reichsbannerleute ansprang und es ergab sich, dass sich seine Aussage vollinhaltlich mit den Feststellungen der Reichsbannerzeugen deckt. Auch zwei Schupobeamte, die dabei mithalfen, den rasenden Nazijüngling unschädlich zu machen, belasteten den famosen "Fähnlein"-Häuptling aufs schwerste.

Die Tat des "verirrten Gehirns".

Der Ankläger umriss in seinem Plädoyer, dessen Ende er 3½ Jahre Gefängnis gegen den Angeklagten beantragte, die Ergebnisse der Verhandlung und stellte fest, dass von Notwehr auch von Putativ-Notwehr keine Rede sein könne. Pantel sei weder beschimpft noch angegriffen worden, er habe aus reinem Rowdytum und aus hemmungsloser Lust am Niederknallen von Menschen gehandelt. Eine Ueberzeugungstäterschaft kommt nicht in Frage, Pantels Handlung sei eine rein kriminelle Angelegenheit. Der Staatsanwalt brachte dem Gericht noch einmal den ominösen Brief Pantels an das Kommunistenblatt zu Gehör und sagte von diesem schmähseligen Produkt eines verirrten Gehirns: "Der Angeklagte hat diesen Brief geschrieben, um bei seinesgleichen zu Ansehen und zu Macht zu gelangen. Er hat Menschen töten wollen, um in seiner Partei berühmt zu werden. Man soll bei solchen Dingen nicht mit Politik kommen. Wenn man derlei Fälle milde behandelt, so wird das Wort "Mord" mit der Zeit zu einem Bestandteil der Politik werden. Mit den schießenden jungen Leuten, mit diesem Rowdytum, das in unerträglicher Weise das Leben der Mitmenschen gefährdet, muss aufgeräumt werden".

Das Recht der Allgemeinheit.

Nachdem der Rechtsbeistand des Nebenklägers die Triebkräfte des Verbrechens des Angeklagten dahingehend charakterisiert hatte, dass Pantel "sich nicht als vollwertiger politischer Rowdy gefühlt habe", weil er alles andere als ein Herkules sei und so die Ursache der Tat aus Minderwertigkeitsgefühlen des verbrecherischen Schützen heraus definierte, kam das Gericht nach eineinhalbstündiger Beratung zu seinem Spruch. In der Begründung des Urteils schloss sich das Gericht in jeder Beziehung den Argumenten des Staatsanwalts und des Nebenklägers an. Aus reinem Uebermut, aus verbrecherischem Rowdytum heraus habe der Angeklagte gehandelt. "Die Allgemeinheit", so führte der Vorsitzende aus, "hat ein Recht, vor solchen Ausschreitungen geschützt zu werden. Pantels Tat war keine Sache der Ueberzeugung, sondern ein schweres und unverzeihliches Verbrechen!"

+ + +

Kürtens Motive.

Die Vernehmung des Vaters - Weitere Mordversuche - Der Angeklagte über den Paragraphen 51 - "Fromme" Hände.

SPD. Düsseldorf, 20. April (Eig. Drahtb.)

Die Montag-Verhandlung im Kürten-Prozess, die sich in dem Wechsel verschiedenartigster Zeugenaussagen bunter gestaltete als die Sitzungen früherer Tage, brachte die Vernehmung des Vaters von Peter Kürten. Die Aussage des alten Mannes, der eben erst aus dem Krankenhaus entlassen war und an einem Krückstock in den Saal humpelte, ergab im Grunde nichts, was als wesentlich neuer Beitrag zur Charaktereologie des Angeklagten gewertet werden könnte. Der Vater Peter Kürtens scheint eine ziemlich dumpfe, nicht sonderlich intelligente Persönlichkeit zu sein; die Ruhe und Sachlichkeit, mit der er seine Aussage vorbringt, befremdete eigentlich.

Man hat den Eindruck, dass der Richter nicht recht weiss, was er den Alten fragen soll. Schliesslich meint er: "Sie sollen gern getrunken haben?" Vater Kürten: "Nicht, dass ich wüsste". Vors.: "Na, Former und Schleifer, die trinken doch gern". Vater Kürten: "Wir stehen in dem Ruf, aber in Wirklichkeit sind

es die anderen, die gern trinken". Vors.: "Was war Peter für ein Junge?" Vater Kürten: "Die Mutter hat ihn verwöhnt und mir aller verheimlicht". Vors.: "Sie sollen ihn oft geschlagen haben?" Vater Kürten: "Nur wenn es nötig war."

Die beiden Brüder Peter Kürtens, die gleichfalls als Zeugen aufgerufen werden, verweigern, was verständlich ist, ihre Aussage. Auch die Schwester sagt nicht aus. Still wird es im Gerichtssaal als dann die sehr bedrückt aussehende Frau Kürten mit leiser Stimme ihre Erklärung abgibt. Kaum, dass einer ihrer Blicke den Angeklagten trifft.

Man hat nicht den Eindruck, dass Kürten durch den Aufruf seiner Familienangehörigen im Innern berührt worden sei. Man kann sich täuschen, man liest nicht einem Menschen alle Seelenregungen vom Gesicht und aus der Körperhaltung ab, aber merkwürdig berührte es schon, dass das familiäre Zwischenspiel keinerlei wahrnehmbaren Widerklang auslöste. Kürten erscheint bei ganz anderen Gelegenheiten beteiligt und gespannt, und wieder bei anderen Gelegenheiten legt er die Hände an die Ohren, damit ihm kein Wort entgeht. Das ist zum Beispiel die Aussage des Oberregierungsrats Dr. Kopp, dem Kürten kurz nach der Verhaftung seine Taten zu erklären versuchte. In bezug auf den Paragraphen 51 (Unzurechnungsfähigkeit) habe Kürten gesagt: "Die Herren Sachverständigen brauchen sich nicht mehr viel Mühe zu geben. Die freie Willensbestimmung ist bei mir so gut, wie sonst bei keinem anderen". Und am Ende der von dem Zeugen zitierten Unterredung habe der Angeklagte geäußert: "Herr Rat, Sie werden hören, dass ich bei der Vollstreckung der Todesstrafe mit keiner Wimper gezuckt habe". Wie der Zeuge speziell diesen Satz rekapituliert, wird der Kopf des Angeklagten dunkelrot vor Aufregung. Bereut Kürten seine frühere Lust zur Verantwortung?

Noch die Aussage eines anderen Zeugen, der mit Kürten viel nach der Verhaftung zu tun hatte, ist wichtig: es ist die Aussage Landgerichtsdirektor Haertels, der die Voruntersuchung gegen den Angeklagten führte. Er meint, dass die Geständnisse Kürtens aufgrund der Ausführungen während der Untersuchungsvolle Glaubwürdigkeit verdienten, obschon es zunächst unfassbar erschienen sei, dass ein Mann von so klarem Verstand und so hoch entwickelter Intelligenz derart furchtbare Taten begehen könne. Im Anfang der Voruntersuchung habe der Angeklagte seine Taktik geändert und seine ersten Geständnisse, die er in höchster Depression seiner Frau gegenüber gemacht habe, abschwächen wollen. "Als dem Angeklagten am 24. Juli 1930 Frau Kürten gegenübergestellt wurde, wollte er seine Geständnisse wiederholen, widerrief sie aber plötzlich. Er erklärte später, er habe den Schmerz seiner Frau nicht länger ertragen können; im übrigen sei er garnicht der Düsseldorfer Massenmörder. Dann hat Kürten zweieinhalb Monate lang die ihm zur Last gelegten Verbrechen abgeleugnet; seine Verteidigung war sehr geschickt. Erst im August 1930 bequeme sich Kürten zu einem neuen, umfangreichen Geständnis. Trotzdem war natürlich die Klärung der Motive sehr schwierig. Begreiflicherweise scheute Kürten die Enthüllung seines Sittenlebens. Seine Schuldkenntnis war sehr stark. Wiederholt fragte er, ob denn mit seinem Leben der Tod so vieler Menschen gesühnt werden könnte. Es ist möglich, dass der Gedanke, sich an der Menschheit zu rächen, bei Kürten mitsprach. Aber allmählich ist dann wohl der entscheidende Einfluss von seinem krankhaft starken Sexualtrieb ausgegangen". Verteidiger: "Haben Sie nun die absolute Ueberzeugung gewonnen, dass Kürten als Täter für die Morde und die Mordversuche in Frage kommt?" - Landgerichtsdirektor Haertel: "Ich habe nicht den leisesten Zweifel." Vermutlich dürfte jetzt auch nicht mehr der Berliner Kriminalrat Gennat, der während der Prozesstage hinter Kürtens Anklagebank sitzt, an die von ihm seinerzeit aufgebrachte Mehrtätertheorie glauben. Kürtens Kampf gegen das Todesurteil ist im übrigen noch schwerer, nachdem sich auch schon ein Sachverständiger, Professor Berg, in dem Sinne äusserte, dass bei Kürten eine allgemeine krankhafte Störung im Sinne des § 51 ebenso wenig vorliege, wie ein unwiderstehlicher Bewusstlosigkeit hervorrufender Zwang. Die sexuelle Perversität des Angeklagten habe aufgrund einer durch erbliche Be-

lastung erworbenen psychopathologischen Grundlage entstehen können. Diese sexuelle Perversität erkläre Kürtens Verbrechen, nicht sein angeblicher Menschenhass, von dem der Angeklagte jetzt gern spreche.

Neben dem rätselvollen Charakterbild des Düsseldorfer Massenmörders ist ein ausserhalb seiner Person liegender Fragenkomplex aufgetaucht, der nicht weniger problematisch ist. Bisher war nur ein rundes Dutzend von Mordversuchen an Männern und Frauen bekannt. Die letzten Zeugenvernehmungen zeigten die sensationelle Tatsache, dass der Verbrecher seit 1926 eine noch nicht genau ermittelte grössere Zahl weiterer Mordversuche an Frauen und Mädchen beging. Hier offenbarte sich in bestürzender Uebereinstimmung eine sonderbare Struktur der Frauenseele. Mehrere der Ueberfallenen, die Kürten regelmässig zu notzüchtigen und zu morden versuchte, haben trotz ihrer Erlebnisse den Weg zu ihm zurück gesucht. Und noch eine Merkwürdigkeit: mit Ausnahme einer Begleiterin wusste keine Näheres über die äusseren Erregungsmerkmale des Mannes bei Begehung der Tat auszuaagen. Diese eine allerdings schilderte sehr wertvolle Einzelheiten: Der Angeklagte wurde, nachdem er sie ohne Gegenwehr zu finden gebraucht hatte, von einer Minute zur andern eine Bestie, schlug und würgte sie. Eine andere Zeugin berichtet, wie sich Kürten an sie mit dem Versprechen heranmachte, sie für die Nacht im Christlichen Mädchenheim unterzubringen. Und wieder eine andere Zeugin stellt fest, dass Kürten erst dann von ihr abgelassen habe, als sie in höchster Todesnot schrie: "Jesus Christus, steh mir bei!"

An dieser Stelle der Zeugenaussage erhebt sich Kürten und bittet den Vorsitzenden, von der Wahrheit dieser Jesus Christus-Aussage überzeugt zu sein. Denn Kürten ist sehr fromm, seitdem er verhaftet ist, und faltet beispielsweise auch bei jeder Zeugenvereidigung seine Hände - die schrecklichsten Hände des Jahrzehnts, vielleicht des Jahrhunderts.

+ + +
Der Kampf um Bullerjahn. In der Bullerjahn-Affäre hat der Leipziger Oberreichsanwalt Dr. Werner entgegen früherer Zusagen des Staatssekretärs Dr. Joel von der Reichsjustizverwaltung den Strafsenat des Reichsgerichts ersucht, die Wiederaufnahmeanträge zugunsten des zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilten Lagerverwalters Walter Bullerjahn abzulehnen. Zu den von den fünf grossen deutschen Rechtsgelehrten Radbruch, Kahl, Kohlrausch, Mittermeier und Goldschmidt angefertigten Gutachten, die sämtlich zu dem Ergebnis kommen, dass der Fall Bullerjahn eine gerichtliche Nachprüfung verdiene, meint der Oberreichsanwalt in der Begründung seines Ablehnungsantrages, dass er keinen Anlass sehe, auf diese Gutachten einzugehen. Da mittlerweile die Ehefrau Bullerjahns gegen ihren seit sieben Jahren im Zuchthaus sitzenden Mann die übrigens ernstgemeinte Scheidungsklage angestrengt hat, besteht trotzdem noch die Möglichkeit, dass der französische Leutnant Jost, dessen Aussage den Weg zu einer Klärung des Bullerjahn-Komplexes freimachen würde, vernommen werden kann: in Zivilstreitigkeiten besteht zwischen Frankreich und Deutschland ein Rechtshilfeabkommen. Es ist also möglich, dass Bullerjahn auf dem Umweg über den Scheidungsprozess den Nachweis der zu Unrecht erfolgten Verurteilung führen kann.

+ + +
Künstliche Wetterbeeinflussung? Zu den verschiedenen Versuchen und Versprechungen, das Wetter auf günstigem Wege beeinflussen zu können, kommt die neuerliche Behauptung des amerikanischen Chemikers Sykes, der angibt, in der Lage zu sein, mit seinem Apparat einen elektromagnetischen Einfluss auf Regenwolken ausüben zu können. Der Forscher wird im Laufe des Monats Mai auf der "Berengaria" von New York nach England fahren, um erstmalig auf dem Atlantik seine Versuche vorzuführen.

+ + +
Aurel Voss. In München verstarb im Alter von 86 Jahren der bekannte Mathematiker, Professor Aurel Voss, dessen Bücher einen wesentlichen Beitrag zur Theorie der Mathematik geliefert haben.



Arbeit für Alle!

Der Not- und Alarmruf der Gewerkschaften.

SPD. Seit Ostern haben in allen Teilen des Reiches grosse Gewerkschaftskundgebungen zur Arbeitslosenfrage stattgefunden. All diese Kundgebungen waren nichts anderes als Not- und Alarmrufe der Massen. Sie waren eine neue an die Adresse der Reichsregierung gerichtete eindringliche Mahnung, aus begangenen Fehlern zu lernen und bei dem nach Abschluss der Arbeit der Braunskommission einzuschlagenden neuen Kurs der Arbeitslosenpolitik der Gewerkschaften endlich Rechnung zu tragen.

Unter den Not- und Alarmrufen kommt dem aus Sachsen eine besondere Bedeutung zu, weil dort vor nicht langer Zeit das Unternehmertum den Reichskanzler nach Chemnitz gebeten hatte, um ihn auf einem falschen Weg vorwärts zu treiben. In demselben Chemnitz fand jetzt auch eine Kundgebung der Gewerkschaften unter Führung des Ortsausschusses des ADGB statt, auf der dem furchtbaren Druck, der auf den Massen lastet, scharf Ausdruck gegeben wurde. Das Motto der Unternehmertagung hatte gelautet: "Sachsen bracht Arbeit", das Echo darauf war der Ruf der Gewerkschaftstagung: "Arbeit für Alle!" Musste sich das Unternehmertum schon von dem Reichskanzler manch bittere Wahrheit sagen lassen, so ging die Gewerkschaftskundgebung erst recht mit den für die Steigerung des Elends Verantwortlichen scharf ins Gericht; denn in der Zwischenzeit hat ja die vom Unternehmertum erzwungene bisherige Arbeitslosen- und Krisenpolitik offenkundig bankrott gemacht. Uebersaus klar und drastisch wurde dieser Bankrott von dem Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Reichstagsabg. Brandes, auf der Chemnitzer Kundgebung beleuchtet.

Wenn heute in Deutschland - so führte Brandes aus - nahezu 5 Millionen Arbeitslose und 3 Millionen Kurzarbeiter - mit ihren Angehörigen zusammen rund 25 Millionen Menschen - von einer Verzweiflungsstimmung erfasst sind, weil sie keinen Ausweg aus der Krise sehen, dann ist dafür die unsittliche kapitalistische Wirtschaftsordnung verantwortlich. Selbst Leute, die mit der Arbeiterbewegung sehr wenig zu tun haben, erkennen und sagen heute, dass das deutsche Volk zugrunde gerichtet wird, wenn nicht eine neue Wirtschaftsordnung aufgebaut wird.

Die Gewerkschaften haben alles getan, um den Arbeitslosen zu helfen. Das Massenelend hätte längst zur Katastrophe geführt, wenn die Gewerkschaften den Massen nicht Stütze und Halt gewesen wären. Darum wäre es ein Verbrechen an Volk und Staat, wenn man - der Aufforderung der Unternehmer folgend - die Arbeitslosenversicherung verschlechtern und die Unterstützung abbauen wollte. Die Gewerkschaften lehnen das ab und sie warnen eindringlich vor der Beschreitung dieses Weges.

Wenn sich die Krise viel wuchtiger und brutaler ausgewirkt hat als die früheren Krisen, dann vor allem deshalb, weil die europäischen Völker auch noch unter den Auswirkungen des Krieges leiden, weil man in der Rationalisierung masslos vor sich ging und auf den Bedarf nicht Rücksicht nahm, weil die Monopolkapitalisten den normalen Ablauf der Krise verhindert haben. Bei früheren Krisen stürzten zuerst die Preise, dann die Zinsen und zuletzt die Löhne. Heute ist es umgekehrt. Und weil der Lohndruck zuerst kam, wurde die Krise so ungeheuer verschärft; denn der Preisabbau blieb ja fast ganz aus.

Lohnabbau zum Zweck der Produktionssteigerung ist Wahnsinn; denn die

verminderte Kaufkraft bringt nur grössere Arbeitslosigkeit. Wäre der von den Gewerkschaften verhinderte, von den Unternehmern geforderte Lohnabbau um 20% Tatsache geworden, dann hätten wir im letzten Winter nicht 5, sondern 7 Millionen Arbeitslose gehabt. Das alles hindert aber die Schwerindustriellen nicht, einen weiteren Lohnabbau in dieser Höhe zu fordern. Dabei haben wir Deutschen die höchsten Preise. Anständiger Lohn und vernünftige Sozialpolitik waren noch nie die Ursache einer Krise. Holland, die Schweiz, Dänemark und Schweden, wo die Löhne viel höher stehen als bei uns, leiden weniger unter der Krise als wir, und in der Tschechoslowakei wo die Löhne niedriger stehen, sind auch die Lebensmittel billiger.

Wenn der Reichsarbeitsminister auf einer christlichen Gewerkschafts-
tagung erklärt hat, es müsse nun mit dem Lohnabbau Schluss gemacht werden, so kommt diese Erkenntnis ziemlich spät. Der Reichsarbeitsminister trägt die volle Verantwortung für alles Unheil, das aus dem von ihm geförderten Lohnabbau erwachsen ist. Er ist aber auch verantwortlich für die Unterlassungen auf dem Gebiete der Arbeitszeitverkürzung. Geradezu unerhört ist es, wenn bei grösster Arbeitslosigkeit noch Schiedssprüche gefällt werden, die mehr als 48 Stunden wöchentliche Arbeitszeit vorschreiben. Die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion haben bereits im Oktober 1930 die Einführung der Vierzigstundenwoche gefordert. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Einführung der Vierzigstundenwoche bei entsprechendem Lohnausgleich wurde am 25. März vom Reichstag angenommen. Ist es nicht Widersinn, öffentliche Mittel zur Unterstützung Arbeitsloser auszugeben und gleichzeitig die noch beschäftigten Arbeiter länger als 48 Stunden arbeiten zu lassen? Die Unternehmer haben gegen den Beschluss des Reichstags opponiert. Sie fordern die 48-Stundenwoche und ausserdem eine zusätzliche Arbeitszeit von 150 Stunden jährlich. Die Braunkommission will jeden Zwang vermeiden, allein angesichts des Verhaltens der Unternehmer geht es ohne gesetzliche Festlegung nicht. Die Arbeiter müssen der Regierung zeigen, wie ernst es ihnen mit der Vierzigstundenwoche ist.

Auch bei besserer Konjunktur werden wir bei dem heutigen Stand der Produktionsmittel mit der Vierzigstundenwoche auskommen. Alle Bedenken gegen die Einführung der Vierzigstundenwoche wiegen federleicht gegen die gewichtigen Gründe, die dafür sprechen. Wird die Arbeitszeit verkürzt, dann kann von einem Lohnabbau nicht mehr die Rede sein. Erreichen wir keine Verkürzung der Arbeitszeit, dann werden die Unternehmer den Lohnabbau erst auf der ganzen Linie und in voller Schärfe durchzusetzen versuchen und dann mit der Arbeitszeit heruntergehen, aber ohne jeden Lohnausgleich. Darum fordern wir: Schluss mit dem Lohnabbau und allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit!

Brandes' Forderung wurde in einer Entschliessung zusammengefasst, die auf der Tagung des Ortsausschusses einstimmig Annahme fand. Die Entschliessung schliesst mit einem Appell an die noch im Betrieb stehende Arbeiterschaft, überall auf eine Verkürzung der Arbeitszeit zum Zweck der Einstellung von Arbeitslosen zu dringen.

SPD. Die Zusatzversorgungsanstalt des Reiches und der Länder (Zuva), die am 28. Oktober 1928 geschaffen worden ist und der die in den Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Lohnempfänger angeschlossen sind, hat ihren Geschäftsbericht für 1930 herausgebracht und damit gleichzeitig eine Uebersicht über die Entwicklung dieser Kasse seit ihrem Bestehen gegeben. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, dass der Kasse am 31. Dezember 1930 57 265 Pflicht- und 128 freiwillige Mitglieder angehörten. Davon entfallen 32 114 auf das Reich, 14 680 auf Preussen, 9 042 auf Bayern und die übrigen auf die Länder Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Baden, die ebenfalls mit ihren Staatsarbeitern dieser Kasse beigetreten sind.

Die finanzielle Entwicklung der Kasse darf als ausserordentlich günstig bezeichnet werden, da am Abschluss des Rechnungsjahres bereits 16 799 152 RM vorhanden waren. Dabei darf allerdings nicht ausseracht gelassen werden, dass die Ausgaben der Kasse augenblicklich noch sehr gering sind, weil die eigentlichen Leistungen erst nach 5jähriger Karenzzeit eintreten.

Interessant ist an dem Geschäftsbericht, der ausserordentlich sorgfältig zusammengestellt ist, die Uebersicht über das Lebensalter der in den Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter. Sie zeigt, dass am Ende des Jahres 1930 der Zusatzversorgungsanstalt noch annähernd 1 300 Personen angehörten, die bereits das 65. Lebensjahr überschritten haben. Es befindet sich darunter sogar ein Mitglied, das bereits das 80. Lebensjahr überschritten hat. Man sieht daraus, dass das Reich und die Länder schon viel früher die Zusatzversorgungskasse hätten schaffen müssen. Wäre das geschehen, dann würde es den alten Lohnempfängern heute nicht allzu schwer fallen, aus dem Dienst auszuschcheiden und jüngeren Arbeitskräften Platz zu machen.

SPD. Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe ist im März nach den Berechnungen des Deutschen Baugewerksbundes um ein geringes zurückgegangen. Sie stellt sich zum Monatsende auf 73,2%. Damit liegt sie ganz erheblich höher als in irgendeinem der früheren Jahre. Sogar die sehr ungünstigen Verhältnisse des Vorjahres werden wesentlich übertroffen. Die Zahl der in Arbeit stehenden Bundesmitglieder war zum Monatsende noch nicht einmal halb so hoch als im letzten Jahr.

Das im ersten Quartal abgewickelte Bauvolumen ist überaus niedrig. Der Ausfall gegenüber dem Vorjahr beträgt etwa 45%. Besonders betroffen ist die Bautätigkeit für öffentliche Rechnung und der Wohnungsbau. Das platte Land ist von der Ungunst der Lage wesentlich härter mitgenommen als die Städte.

SPD. Die Aussichten des Konventionsentwurfs zur internationalen Regelung der Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken werden im Internationalen Arbeitsamt verhältnismässig günstig beurteilt. Die Anwesenheit des Arbeiters in den Gruben mit Untertagebau soll nach dem Entwurf niemals $7 \frac{3}{4}$ Stunden pro Tag überschreiten. Als Anwesenheitsdauer gilt die Zeit zwischen dem Eintritt des Arbeiters in den Förderkorb und dem Austritt. An Sonn- und gesetzlichen Feiertagen soll jede Untertagearbeit verboten sein. Der Landesgesetzgebung sind Ausnahmemöglichkeiten für dringende Fälle gegen einen Mindestlohnzuschlag von 25 Prozent des Normallohnes überlassen. Auch soll eine zeitweise Verlängerung der Anwesenheitszeit über die vorgesehenen Grenzen hinaus in Fällen von Unglücken, höherer Gewalt oder dringend notwendiger Reparaturen an Maschinen, Stollen und dergleichen zur Verhütung der Störung des normalen Arbeitsganges statthaft sein. Ferner ist die Möglichkeit einer Arbeitszeitverlängerung durch die Behörden im Einvernehmen mit den Unternehmer- und Arbeiter-Organisationen und zwar bis zu einer halben Stunde täglich für Vorbereitungsarbeiten vorgesehen, und schliesslich können nach dem Entwurf über alle diese Bestimmungen hinaus den Unternehmungen jährlich 60 Ueberstunden gegen eine mindestens 25 prozentige Lohnerhöhung eingeräumt werden.

Für den unterirdischen Braunkohlenbergbau sind zwei Ausnahmestimmungen vorgesehen: 1. Nichtanrechnung gemeinsamer Arbeitspausen von nicht mehr als 30 Minuten pro Schicht auf die Anwesenheitszeit, 2. Begrenzung der Ueberstundenanzahl auf 100 pro Jahr.

Für den Uebertagebau sieht der Konventionsentwurf die Bestimmung des Washingtoner Abkommens von 1919 vor, d.h. acht Stunden pro Tag und 48 Stunden pro Woche mit nicht mehr als 150 Ueberstunden im Jahr.-

Dieser Konventionsentwurf muss in einem Augenblick, wo bereits die Vierzigstundenwoche zur internationalen Diskussion steht, etwas merkwürdig berühren. In der Arbeitszeitfrage - auch in der des Kohlenbergbaus - sind längst viel schärfere Einschränkungen notwendig als sie der Entwurf vorsieht. Vor allem muss aber im Braunkohlenbergbau Wandel geschaffen werden, weil dessen Arbeitszeit an Skandal grenzt. Das gilt vor allem für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, und deshalb haben die am Tarif beteiligten Gewerkschaften soeben auf einer in Halle stattgefundenen Konferenz sich sehr energisch für Verkürzung der Arbeitszeit eingesetzt. Sie fordern vor allem, dass die Verkürzung auch auf die Arbeiter im Tiefbau ausgedehnt wird, während die Unternehmer nur die Einführung der Achtstundenschicht bzw. die Einführung der 48-Stundenwoche für die Arbeiter der Tagebaubetriebe zugestehen wollen. Ebenso verlangen die Gewerkschaften eine sehr kräftige Beteiligung des Braunkohlenbergbau am Lohnausgleich, wozu er nach seiner guten wirtschaftlichen Lage durchaus imstande ist.

Man darf darauf gespannt sein, was bei einem Versuch, im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau in freier Vereinbarung eine Arbeitszeitverkürzung herbeizuführen, praktisch herauskommt. Schichtzeiten von 9½ Stunden für Ubertage und 8½ und 9 Stunden für Untertage - auch heute noch: man sollte es nicht für möglich halten.

SPD. Der Zechenverband hat am Montag seine Forderungen für die Abänderung des von ihm gekündigten Rahmentarifs im Ruhrbergbau bekanntgegeben.

Die Forderungen, die eine ganze Reihe von Verschlechterungen enthalten, lauten: Arbeits- und Schichtzeit richten sich nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen, d.h. die Siebenstundenschicht unter Tage soll aus dem Rahmentarifvertrag verschwinden. Für die Ubertage-Arbeiter wird die Arbeitszeitfrage durch ein besonders Abkommen geregelt, wofür 9 Stunden Arbeitszeit bei 10-stündiger Schichtzeit in Frage kämen. Zuschläge für Sonntags- und Feiertagsarbeit werden gesenkt: für Sonntagsarbeit von 50 auf 25%, für die Arbeit an hohen Feiertagen von 100 auf 50% und für die Ueberarbeit an Werktagen von 25 auf 10%. Die Höchstdauer des Urlaubs von 12 Tagen wird erst nach 20jähriger Tätigkeit untertage erreicht; bei 15jähriger Tätigkeit werden 11, bei 10jähriger Tätigkeit 10, bei 7jähriger Tätigkeit 9 Tage Urlaub gewährt. Der Urlaub unter dieser Grenze richtet sich nach den alten Bestimmungen. Bezahlung der Urlaubsschichten erfolgt nur noch in Höhe von 75% des Lohns unter Ausschluss des Kindergeldes. Der bisherige Mindestlohn für Gedingearbeiter wird um 5% gesenkt. Die Zahlung des Hausstandgeldes kommt in Fortfall, desgleichen die Zahlung des Soziallohns in Krankheitsfällen. Hausbrandkohle wird nur noch bis höchstens 100 Zentner jährlich und zwar in der Menge des eigenen Bedarfs während des Arbeitsverhältnisses geliefert.

In den am Donnerstag stattfindenden Verhandlungen werden die Gewerkschaften ihre Gegenforderungen stellen.

SPD. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts hat das Budget des Amts für 1932 in der Höhe von rund 9 Millionen Goldfranken bei Stimm-enthaltung der Arbeitgebergruppe genehmigt. Es enthält eine Ausgabenvermehrung von rund einer halben Million Franken - eine Folge der zwangsläufig gestiegenen Besoldungskosten und der Mehrleistungen an die neugegründete Pensionskasse des Personals.

Bergarbeiter in Russland.

Von Heinrich Löffler.

SPD. Das Donezbecken, Russlands bedeutendstes Kohlenrevier, ist eine Hölle für die Arbeiter. Das Bestreben der russischen Regierung läuft darauf hinaus, die Kohlenförderung unter allen Umständen zu steigern. Um dieses Ziel zu erreichen, scheut man vor keinem Mittel zurück. Die brutalen Methoden, die im russischen Bergbau gebräuchlich sind, haben eine schlimmer Arbeiternot zur Folge. Die russischen Arbeiter wollen in dieser Hölle nicht arbeiten. Deshalb ging man dazu über, arbeitslose ausländische Bergarbeiter nach dem Donezbecken anzuwerben. Im vergangenen Jahr war es russischen Agenten durch verlockende Versprechungen gelungen, einige Hundert deutsche Bergarbeiter aus dem Ruhrrevier nach Russland zu bringen. Sie haben das russische Arbeiterparadies seit langem verlassen und sind wieder in die Heimat zurückgekehrt. In einem Bericht, der von mehreren Bergarbeitern gemeinsam verfasst und mit Namen unterschrieben war, heisst es zum Schluss: "Lieber in Deutschland arbeitslos sein als in Russland arbeiten. Dann hat man noch ein Plus von 100 %". Das ist drastisch ausgedrückt, dürfte aber die Empfindungen der Bergknappen richtig wiedergeben.

Ähnlich wie diese deutschen Bergarbeiter äussert sich auch der amerikanische Korrespondent H.E. Knickebocker in einem im Rawolt-Verlag erschienenen neuen Russlandbuch. Dort heisst es hinsichtlich der deutschen Bergarbeiter, die nach Russland gegangen waren, wie folgt: "Es wurde der Versuch gemacht, arbeitslose deutsche Bergmänner von der Ruhr herzuschnappen. Fast tausend kamen, blieben ein paar Wochen und jetzt sind schon viele wieder nach Hause zurückgekehrt, da sie die Arbeitslosigkeit in Deutschland einer Tätigkeit im Donbecken vorziehen".

Nicht nur deutsche Bergarbeiter wenden sich zur Flucht aus diesem kommunistischen Arbeiterparadies, sondern auch russische Arbeiter, die noch etwas auf Menschlichkeit halten. Der amerikanische Korrespondent Knickebocker schildert als Beweis in seinem Buch ein Erlebnis, das er auf einem Bergwerk des Donezbeckens hatte: "Ein jüngerer Ingenieur, der Leiter des Bergwerks, platzte mit einem Fluch in das Zimmer: "Sie sind ausgerissen". Wer ist ausgerissen? "Die verdammten Burschen vom Lande. Kommen vorige Woche hierher, arbeiten fünf Tage und jetzt ist die Hälfte fort".

Jetzt sind sie fort! Ein alltägliches Erlebnis. In seinem Buch teilt nämlich Knickebocker mit, dass die Zustände im Donbecken allein der Grund sind, weshalb im letzten Jahr 178 000 Leute die Bergwerke verliessen, weshalb überhaupt nur 177 000 Mann arbeiten, obgleich 231 000 benötigt werden.

Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei der Ukraine will nun der Flucht aus der Hölle des Donbeckens energisch entgegenreten. Darüber lesen wir in der englischen Zeitschrift "Iron und Coal" (Eisen und Kohle) vom 10. April 1931 folgendes: "Infolge der Schwierigkeiten, die durch Abwanderung von Kohlengrubenarbeitern aus dem Donezgebiet entstanden sind, hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei in der Ukraine befohlen, alle Bauern, die je in einem Bergwerk gearbeitet haben, unter Bewachung in das Donezgebiet zurückzusenden. Sie sollen gezwungen werden, wenigstens ein Jahr dort zu bleiben. Die kommunistische Partei hat ferner einen Feldzug zur Anwerbung von Frauen für den Dienst

in den Gruben angeordnet. In welcher Eigenschaft diese verwendet werden sollen, wird nicht berichtet."

Unter Bewachung zur Arbeit in die Bergwerke des Donezgebietes! Das ist die Freiheit, die die Kommunisten meinen. Der befohlene Feldzug zur Anwerbung von Frauen für den Dienst in den Gruben ist die Perle kommunistischer Kultur. Auch diese Mittel werden versagen. Darüber ist bei dem oben schon erwähnten amerikanischen Korrespondenten Knickebocker folgender Satz zu lesen: "Kohlenbergbau ist in keinem Lande ein Vergnügen, aber vor die Wahl einer Zuchthausstrafe oder Kohlen in dem Donbecken zu graben gestellt, würde jeder normale Mensch die Zuchthausstrafe vorziehen".

Damit ist alles gesagt. Der Korrespondent Knickebocker kennt die Bergwerke des Donezgebietes; denn er hat sie befahren. Er redet aus eigenster Wahrnehmung. Jede weitere Kritik ist nach diesem vernichtenden Urteil überflüssig. Heil Moskau!

SPD. Die Berliner Bauausstellung, die am 9. Mai eröffnet wird, berücksichtigt in stärkstem Umfang das Gebiet der landwirtschaftlichen Siedlung. Vieles, was auf dieser Ausstellung gezeigt wird, geht auf die Initiative der preussischen Regierung zurück, der die Rechtsparteien - die Gründe sind politischer Natur - immer wieder den Vorwurf der Landwirtschaftsfeindlichkeit machen. Die Ausstellung beweist etwas anderes. Sie zeigt die Politik der so viel bekritelten preussischen Regierung in einem anderen Licht, als die hemmungslose Rechtsagitation sie immer darstellt.

Das liegt in der Natur der Dinge. Preussen errichtet im Rahmen der landwirtschaftlichen Siedlung pro Jahr etwa 10 000 Bauernstellen, d. h. in Preussen entstehen auf Grund der Siedlungsinitiative der preussischen Regierung wö-
chentlich 5 neue Dörfer, wenn man das Dorf mit 40 Wirtschaften rechnen will. Dass Preussen betriebswirtschaftlich, arbeitsorganisatorisch, bautechnisch, hygienisch usw. eine Fülle von Erfahrungen sammeln musste, versteht sich von selbst. An diesen Erfahrungen profitiert die gesamte Landwirtschaft. Sie sind ein Teil in der Rationalisierung der deutschen Landwirtschaft. Mit der Berliner Ausstellung werden diese Erfahrungen der Öffentlichkeit allgemein zugänglich gemacht. Vieles wird der Mann aus der Praxis als Experiment betrachten. Vieles wird die Baubehörde ablehnen, so vielleicht den Anbau der Scheune an das Wohnhaus, wegen der angeblich grösseren Feuersgefahr. Es wird zu einer gründlichen, kritischen Arbeit kommen und die gesunde Kritik wird ergeben, was man für die Besiedlung der menschenleeren Räume im deutschen Osten gebrauchen kann.

Grundsätzlich lassen sich die Bestrebungen im Siedlungsbau auf eine Formel bringen: Verbilligung! Es soll der Arbeitsprozess, aber auch das Bauen selbst verbilligt werden.

Man hat sich von dem alten Ziegelmauerwerk so ziemlich genaz gelöst. Man ist zum Stahl- und Holzskelett übergegangen. An die Stelle unseres traditionellen Ziegelsteins tritt der Hohlstein, von dem es eine Unmenge gibt (Frewenstein, Tuho-EHZ). Der Hohlstein bietet besseren Wärmeschutz. Die Ziegelmauer in der Dicke, wie sie heute auf dem Lande noch gebräuchlich ist, gibt keinen genügenden Wärmeschutz. Eine Mauer aus Frewenstein in einer Dicke von 25 cm erzielt etwa dieselbe Wärmewirkung wie eine Ziegelmauer von 45 cm. Dabei ist der Bau mit Frewensteinen um 25 % pro Quadratmeter billiger. Stahl- und Holzskelett werden mit neuen Baustoffen versehen. Da ist das schon seit Jahren bekannte Heraklit (Holzwolle mit Magnesia und Zement gebunden), für dessen Verwendung nun schon gute Erfahrungen vorliegen, oder der neue Baustoff Solomit. Das ist nichts anderes als gepresstes und imprägniertes Stroh. Die Feuersgefahr wird nicht gesteigert. Versuche ergeben, dass nur die Spitzen der Masse abbrennen. Die Methoden unserer Versicherungsgesellschaften, aus derartigen Baustoffen höhere Prämien zu schlagen, erscheinen ungerechtfertigt und sind si-

sicherlich nicht dazu angetan, den Siedlungsgedanken zu fördern.

Mit der Raumausnutzung hängt die Verbilligung der bäuerlichen Arbeit zusammen. Die Dinge liegen ja in der Bauernwirtschaft so, dass Gesinde in der Regel nicht gehalten werden kann. Der Bauer mit seiner Familie stellt die gesamte Arbeitskraft. Da der Bauer unrationell arbeitet, ist seine Arbeitskraft ohne Zweifel überangespannt. So erklärt es sich, dass gerade der kleine Bauer die Chancen, die z.B. der Gemüsebau oder die Kleintierzucht bietet, nicht genügend ausnutzt. Volkswirtschaftlich stellt sich das so dar, dass Deutschland jährlich für einige Dutzend Millionen Mark Kaninchenfelle einführen muss, obwohl die Bauernwirtschaft gerade hier den Bedarf zum grössten Teil decken könnte. Hier soll Wandel geschaffen werden. Das geht, indem man die Scheune unmittelbar ans Haus baut. So erspart man Arbeitswege. Der Brunnen, der weit im Hofe lag, wird durch das fliessende Wasser verdrängt. Dazu kommt anderes. Man berechnet, dass ein Bauernhepaar allein durch diese Mittelchen (Zusammenhang des Hauses mit der Scheune, Einführung des fliessenden Wassers usw.) jährlich einen Arbeitsweg von 180 km erspart. Wenn das auch nicht auf den letzten Kilometer genau stimmen sollte, so liegen die Vorteile doch auf der Hand. Eine Ausstellung, die das demonstriert, muss anregen, muss zu denken geben.

Die Berliner Ausstellung wird verschiedene Typen der ländlichen Siedlung zeigen. Ein Typ sieht die Bewirtschaftung von etwa 15 Morgen vor. Wir finden die "Gute Stube", auf die der Bauer wohl kaum verzichtet, die Wohnküche, allerdings ohne Kochgelegenheit. Die Kochgelegenheit befindet sich in der sogenannten Kochnische. Abgetrennt davon gibt es die Futterküche mit Futter-schacht, anschliessend den Schweinestall bzw. Viehställe, für die im Boden ein wärmehaltiger Stein benutzt wird. Alle Ställe, mit Ausnahme des Pferdestalls, haben Südlicht. Die schlechte Luft wird durch Röhren abgezogen. Die anschliessende Scheune ist aus Holz gebaut. Sie ist von dem eigentlichen Wohnhaus durch eine feuersichere Tür abgeschlossen. Die Erstehungskosten werden mit 15 300 Mark angegeben. Der Typ ist bereits (Bezirk Elbing) gebaut. Die Landarbeiterwohnung erfordert eine Aufwendung von 7 000 Mark. Sie enthält Schlafzimmer, Wohnküche, Kochnische, Arbeitsplatz und Stallung für 5 Schweine und 2 Ziegen, bzw. für 1 Kuh. Für diesen Bau ist gepresste Pappe (Tentest) als Aussenschutz benutzt. Zum Haus gehören 2 Morgen Land. Dieser Bau dürfte auch der Typ für den ländlichen Handwerker sein. Erwähnenswert ist noch ein weiterer Siedlungstyp, der auf beschränkte Mittel eingestellt ist. Die Ställe sind in Form von Ausbauställen angeordnet. Der Preis wird mit 10 000 Mark angegeben.

Die Ausstellung schliesst eine Geflügelfarm (Somolit), Häuser für Blumenzüchter usw. ab. Ohne Zweifel wird die ländliche Siedlung zum Mittelpunkt der Berliner Bauausstellung werden.

SPD. Die Lage am Baumarkt wird dahin beurteilt, dass sich die Bauwirtschaft in Süddeutschland schneller ankurbelt als die in Norddeutschland. Ein Ausgleich dürfte erzielt werden, wenn die Verteilung der Hauszinssteuermittel in Preussen vorgenommen worden ist. Damit ist in Kürze zu rechnen. Die Ländervertreter werden sich auch in einer vom Reichsarbeitsministerium einberufenen Tagung, die in den nächsten Tagen in Berlin stattfinden wird, mit der Baumarktlage beschäftigen. Die Tagung dürfte Anhaltspunkte für einen Ueberblick über die Entwicklung am Baumarkt ergeben.

Man rechnet damit, dass die Zahl der neuen Wohnungen im Jahre 1931 nicht hinter der im Vorjahr zurückbleiben wird. Im Vorjahr wurden rund 330 000 Wohnungen gebaut. Davon waren 170 000 Ueberhang, also solche Häuser, die im alten Jahr liegengelassen waren und im neuen Jahr fertiggestellt wurden. Der Ueberhang dürfte sich im Jahre 1931 um 30 bis 40 000 Häuser verringert haben. Im nächsten Jahr wird er noch weit geringer sein, wenn nicht Erleichterung

in der Finanzierungsmöglichkeit eintreten. Dafür kommt die Uebernahme von Bürgschaften in Verbindung mit Zinszuschussgewährung in Frage. Viel mehr lässt sich aber erhoffen, wenn es den Ländern gelingt, Wohnungsbauanleihen aufzutreiben. Man denkt dabei an Summen von etwa 80 bis 90 Millionen Mark. Sie sind aber nur dann aufzutreiben, wenn sich die Geldmarktverhältnisse verbessern. Das ist eine Frage der innerpolitischen Entwicklung. Hier sind die Verhältnisse durchaus nicht unbestimmt. Entscheidend ist naturgemäss der Zufluss ausländischen Geldes. Hier wurden die Dinge z.B. im Monat März hoffnungsvoller betrachtet. Seitdem hat das Volksbegehren und die mit dem Volksbegehren verknüpfte Agitation der Rechtsparteien weitere Unruhe in die Verhältnisse hineingetragen. Die Zurückhaltung der Reichsbank gegenüber einer Diskontsenkung lässt vermuten, dass diese Wendung nicht ohne Folgen geblieben ist.

SPD. Die Berliner Bäckermeister haben am Montag den Brotpreis von 46 Pfennigen auf 48 Pfennige erhöht. Bereits vorher haben die Berliner Brotfabriken eine Brotpreiserhöhung um 2 Pfennige vorgenommen. Auch in einzelnen anderen Städten ist es zu einer Brotpreiserhöhung gekommen.

Die Bäcker begründen den höheren Brotpreis mit den steigenden Getreide- und Mehlpreisen. Das Reichsernährungsministerium hat gegenüber den Forderungen der Bäcker nach einem höheren Brotpreis die höhere Ausmahlung des Roggens (von 60 auf 70 %) zugelassen. Dadurch sollte eine Mehlerbilligung erzielt werden. Diese Mehlerbilligung hat sich aber nach Darlegungen der Bäcker noch nicht bzw. nicht genügend ausgewirkt. Deshalb sei die Brotpreiserhöhung unvermeidlich.

Das Reichsernährungsministerium wird einsehen, dass es mit Mittelchen wie einer höheren Roggenausmahlung nicht weiter kommt. Verhält sich das Reichsernährungsministerium weiter passiv, so riskiert es eine allgemeine Brotpreiserhöhung, die der Preissenkungsaktion den letzten Rest gäbe. Die Regierung muss endlich handeln. Dazu ist sie gesetzlich verpflichtet. Die festgelegten Richtpreise sind schon seit längerem überschritten und nach Lage der Getreidemärkte kommt für die nächsten Monate nur eine Steigerung der Getreide- und Mehlpreise in Betracht. Ausserdem hat die Regierung 6 Monate nach dem Inkrafttreten der erhöhten Zölle zu überprüfen, wie sich die Zölle auf die Brotpreise ausgewirkt haben, um entsprechende Massnahmen zu treffen. Die Ueberprüfung muss bis zum 26. April stattfinden. Die Ueberprüfung selbst kann aber nur ergeben, dass der im Gesetz vorgesehene Verbraucherschutz in Kraft treten muss.

Dahin gehört zunächst mal die Ermässigung der Getreidezölle, um die Versorgung des deutschen Volkes mit Brotgetreide sicher zu stellen. Weiter hat die Oeffentlichkeit das Recht zu verlangen, dass die Regierung die während der Stützungsperiode aufgekauften Roggenbestände jetzt dem Markt zuführt, kommt das Angebot an Roggen verstärkt und auf den Preis gedrückt wird. Es erscheint auch angebracht, dass Roggen nicht mehr in dem Ausmass wie zuvor der tierischen Ernährung zugeführt wird, da er ja für die menschliche Ernährung dringend gebraucht wird. In diesem Zusammenhang ist eine vermehrte und verbilligte Einfuhr von Futtergerste notwendig. Selbst verständliche erscheint es auch, dass die Regierung den Wünschen der Agrarier nach einem höheren Haferzoll den stärksten Widerstand entgegengesetzt. Denn ein höherer Haferzoll würde ja nur bedeuten, dass an Stelle von Hafer Roggen zur tierischen Ernährung herangezogen wird.

Die Regierung darf sich nicht über die Schwere der Situation hinwegtäuschen. Eine Brotpreiserhöhung, wie sie jetzt droht, muss unübersehbare politische Folgen haben.

Angebot weiter verknappt.

(Berliner Getreidebörse vom 20. April)

SPD. Die neue Woche eröffnete die Berliner Produktenbörse in fester Haltung. Das Angebot der Landwirtschaft in Weizen und Roggen ist sehr klein geblieben. Auch aus der zweiten Hand liegen kaum nennenswerte Offerten vor. Da die Mühlen in der Provinz gute Kauflust zeigten - namentlich war Roggen sehr begehrt -, konnten die Preise für prompte Ware um ca. 1 Mark anziehen. Am Markte der Zeitgeschäfte ergaben sich gleichfalls Preisgewinne um ca. 1 bis $1\frac{1}{2}$ Mark für beide Brotgetreidearten. Weizenmehl hatte sehr ruhigen Markt. Roggenmehl war gut gefragt bei steigenden Preisen. Für Hafer war die Stimmung gleichfalls fest.

	18. April	20. April
	(ab märkische Station in Mk.)	
Weizen	288 - 290	288 - 290
Roggen	192 - 194	193 - 195
Braugerste	243 - 250	243 - 250
Futter- und Industriergerste	228 - 242	228 - 242
Hafer	181 - 185	184 - 188
Weizenmehl	34,75 - 40,50	34,75 - 40,50
Roggenmehl	27,60 - 29,75	26,80 - 29,00
Weizenkleie	13,00 - 13,25	13,00 - 13,40
Roggenkleie	13,50 - 13,80	13,50 - 14,00
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u> Weizen Mai 304 - 304 $\frac{1}{2}$, Juli 300 bis 301 Geld, September 253 $\frac{1}{4}$ -253 $\frac{3}{4}$. Roggen Mai 206 $\frac{1}{2}$ -207, Juli 202-203-202 $\frac{1}{2}$, September 190 $\frac{3}{4}$ -191. Hafer Mai 196-198, Juli 203 $\frac{1}{2}$ -204 $\frac{1}{2}$, September 180 $\frac{1}{2}$ und Geld.		

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-eier, vollfrische, gestempelte, Sonderklasse über 65 Gramm $8\frac{3}{4}$, Klasse A 60 g 8, Kl. B. 53 g $7\frac{1}{4}$, Kl. C. 48 g $6\frac{3}{4}$, aussortierte kleine und Schmutzeier 6. Auslands-eier: Dänen 18er $8\frac{3}{4}$, 17er $8\frac{1}{4}$, 15 $\frac{1}{2}$ -16er $7\frac{3}{4}$ -8, Holländer 68 g 9 - $9\frac{1}{4}$, 60-62 g $8-8\frac{1}{2}$, Rumänen normale $6\frac{1}{2}$ o., Ungarn und Jugoslawen normale $6\frac{3}{4}$ -7, abweichende $5\frac{3}{4}$ -6. Witterung: trübe, Tendenz: freundlicher.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

(20. April)

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner, waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,70 bis 2,00, Rote 2,00 bis 2,30, Odenwälder Blaue 2,10 bis 2,50, andere gelbfleischige Kartoffeln ausser Nierenkartoffeln 2,90 bis 3,30 Mark. Grösser fallende Sortierungen über Notiz. Fabrikkartoffeln $8\frac{1}{2}$ bis 9 Pfennige je Stärkeprozent.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S + P + D

Berlin, den 20. April 1931

Der Schwarzsender.^x

SPD. Ganz New York war in Aufregung. Die einen lachten, die andern tobten. Je nach Gemütsart, und je nachdem, ob sie die Betroffenen oder nur die Mitwissenden waren. Die Sendegesellschaft hatte solche Tage noch nicht erlebt. Die Direktoren der Radiogesellschaft kamen aus dem Fluchen nicht mehr heraus, und alle Angestellten waren von grenzenloser Nervosität. Es regnete Briefe, die Beschwerden und grobe Vorwürfe enthielten, Briefe, die sich über die Gesellschaft lustig machten, und Briefe, die mit Schadenersatzklagen drohten. Die Gerichte bekamen Arbeit. Es hagelte Prozesse. Beleidigungsprozesse gegen Unbekannt, Scheidungsprozesse mit Unbekannt als Kronzeugen, Schadenersatzprozesse gegen Unbekannt. Und im Polizeipräsidium sassen die Kriminalbeamten mit Kopfhörern und vor Lautsprechern und wussten nicht, wo sie den geheimnisvollen Mann finden sollten, der eine Millionenstadt in Durcheinander zu bringen wusste. Es waren gute Zeiten für den Rundfunk. Alle Welt blieb zu Hause. Jeder sass neugierig und ängstlich vor seinem Apparat und lauschte auf die abendlichen Sendungen.

Aber nicht diese Sendungen waren es, die so viel Interesse erregten. Im Gegenteil, man achtete kaum auf sie. Man achtete nur auf die Pausen, achtete auf diese sonderbaren und merkwürdigen Mitteilungen des Schwarzsenders. Denn immer, wenn der New Yorker Sender eine kleine Pause machte, wenn ein Vortrag oder ein Konzertstück zu Ende war, oder kurz bevor ein neues anfangen sollte, da schaltete sich dieser unheimliche Schwarzsender ein und erzählte New Yorks Einwohnern Intimitäten von New Yorks prominenten Bürgern. Sagte der Sprecher im Sender: "Achtung, Achtung, meine Herrschaften, Sie hören jetzt...", so schaltete sich dieser andere Sender ein, und eine dumpfe, dunkle Stimme sagte: "...dass Mister Soundso, der Besitzer des grossen Warenhauses, gestern seiner Gattin weis machte, er müsse eine Geschäftsreise machen. In Wirklichkeit speiste er mit einer blonden Dame aus seinem Warenhaus, Kasse sechsundachtzig, in der hundertdreißigsten Strasse in einem kleinen Lokal zu Nacht." - Oder es funkte in eine Pause hinein: "Miss Bell, die allabendlich so bestrickend die Jungfrau von Orléans spielt, hat ausser ihrer grossen Wohnung noch eine kleine, geheime in der Soundso-Strasse. Dort scheint sie Studien für ihre Rolle mit Herrn X. zu machen".

So ging es jeden Abend, Die unheimliche Stimme wusste über ganz New York Bescheid, und jeden Tag funkte sie zwischen die harmlosen Sendungen des offiziellen Senders ihre Skandalchronik. Kein Mensch wagte mehr einen Seitensprung; niemand ging mehr aus; alles sass am Abend vor den Lautsprechern und wartete auf die Stimme des Unbekannten. Malitiös lächelten die Leute, wenn ihre Freunde durchgehechelt wurden; wütend tobten sie, wenn ihnen selbst etwas am Zeuge geflickt wurde.

Es war ein unhaltbarer Zustand. Die Sendegesellschaft und die Polizei versprachen rascheste Einstellung des Unfugs. Aber das war leicht gesagt und schwer getan, denn man hatte keine Ahnung, wie man an den Verbrecher gelangen könnte. Dass er mit gleicher Welle sandte, war ausgeschlossen; man hätte seinen Sender irgendwo entdecken müssen. Die gewiegtsten Kriminalisten waren auf der Suche. Belohnungen wurden ausgesetzt, und die Zeitungen setzten ihrerseits Prämien aus und begannen Erkundungen auf eigene Faust. Der Mann, der

diese Intimitäten durch die Wellen des Aethers sandte, musste den New Yorker Sender selbst dazu benutzen. Man hatte festgestellt, dass seine Stimme auch im Senderaum zu hören sei. Woher kam sie? Man untersuchte die Apparate; man untersuchte die Wände und Mauern nach einem verborgenen Mikrophon - nichts. Die Blätter begannen, sich in ihren täglichen Glossen über die Polizei und über die Sendegesellschaft lustig zu machen. Und jeden Abend kamen die Indiskretionen wieder und dazu zum Hohn auch noch kurze Berichte über die vergebliche Suche nach der Stimme. Sie wusste noch, ehe es in den Zeitungen stand, ganz genau, wo und wie man nach ihr gesucht hatte.

Alles hatte man versucht. Man hatte die Leute beobachtet, die den Senderaum betraten, hatte sie untersucht - und nicht das Geringste feststellen können. Auch aus der unheimlichen Stimme selbst war nichts festzustellen. Sie klang sehr dunkel, war tief und manchmal etwas undeutlich. Aber das konnte auch an der Uebertragung liegen.

Bis sich eines Tages ein entlassener Kriminalbeamter bei dem Chef der Abteilung melden liess.

"Sie, Conny", sagte der Chef, "was wollen Sie noch bei mir?"

"Chef", sagte der Mann, "es ist wahr, ich habe mich vergangen, weil ich mich von den Klubleuten bestechen liess und eine halbe Flasche Whisky mit ihnen aussoff. Aber ich kann ohne den Dienst nicht leben. Ich wollte Ihnen eine Bitt vorschlagen. Geben Sie mir acht Tage Zeit und volle Bewegungsfreiheit! Ich schaffe Ihnen den Schwarzsender. Und, wenn ich's schaffe, stellen Sie mich dann wieder ein? Ja?"

Der Chef sah zu Conny auf. Eigentlich hatte er den Burschen ganz gern gehabt. Und tüchtig war er auch. "Top, Conny. Acht Tage. Wenn Sie es schaffen, sorge ich dafür, dass Sie wieder angestellt werden".

Conny vergrub sich acht Tage lang in ein Zimmer der Inspektion, schleppte Berge von Akten an und sass und las Tag und Nacht. Seine Kollegen hielten ihn für übergeschnappt: "Will er den Schwarzsender in der kleinen Kammer finden?"

Und Conny fand ihn. Am achten Tage meldete er sich, sechs Stunden vor der ihm gesetzten Frist, bei seinem Chef.

"Nun, Conny?"

"Ich habe ihn, Chef. Kommen Sie heute Abend mit mir auf den Sender! Niemand darf etwas davon wissen. Wir gehen in den Maschinenraum; von dort aus kann man den Senderaum durch ein Fenster übersehen".

Am Abend sassen sie zusammen als Monteure verkleidet im Maschinenraum und spähten in den Senderaum herüber. Der Ansager wollte gerade beginnen; da hörte man die Stimme des Schwarzsenders wieder.

"Nun?" sagte der Chef der Kriminalinspektion zu Conny, "wo haben Sie den Kerl?"

"Da", sagte Conny und deutete durch das Fenster.

"Ich sehe niemanden, nur den Ansager".

"Ja, der ist's."

"Sie sind wahnsinnig."

"Sehen Sie nicht, wie er mit den Lippen zittert?"

"Sein ganzes Gesicht zittert. Der Mann ist aufgeregt, denn er hört die Stimme ja auch".

"Er ist es; verlassen Sie sich darauf! Und wenn Sie mir nicht glauben - ich habe die Lebensläufe aller Angestellten des Senders in diesen acht Tagen studiert, auch den des Ansagers; wenn Sie mir nicht glauben, dann lesen Sie diesen Akt über das Vorleben des Ansagers durch! Da werden Sie finden, dass er sechs Jahre lang mit Schmierenzirkussen gereist ist".

"Na, und? Was war der Mann?"

"Der Mann war und ist - Sie haben es eben ja gehört - ein fabelhafter Bauchredner."

Mario Mohr.

diese Intimitäten durch die Wellen des Aethers sandte, musste den New Yorker Sender selbst dazu benutzen. Man hatte festgestellt, dass seine Stimme auch im Senderaum zu hören sei. Woher kam sie? Man untersuchte die Apparate; man untersuchte die Wände und Mauern nach einem verborgenen Mikrophon - nichts. Die Blätter begannen, sich in ihren täglichen Glossen über die Polizei und über die Sendegesellschaft lustig zu machen. Und jeden Abend kamen die Indiskretionen wieder und dazu zum Hohn auch noch kurze Berichte über die vergebliche Suche nach der Stimme. Sie wusste noch, ehe es in den Zeitungen stand, ganz genau, wo und wie man nach ihr gesucht hatte.

Alles hatte man versucht. Man hatte die Leute beobachtet, die den Senderaum betreten, hatte sie untersucht - und nicht das Geringste feststellen können. Auch aus der unheimlichen Stimme selbst war nichts festzustellen. Sie klang sehr dunkel, war tief und manchmal etwas undeutlich. Aber das konnte auch an der Uebertragung liegen.

Bis sich eines Tages ein entlassener Kriminalbeamter bei dem Chef der Abteilung melden liess.

"Sie, Conny", sagte der Chef, "was wollen Sie noch bei mir?"

"Chef", sagte der Mann, "es ist wahr, ich habe mich vergangen, weil ich mich von den Klubleuten bestechen liess und eine halbe Flasche Whisky mit ihnen aussoff. Aber ich kann ohne den Dienst nicht leben. Ich wollte Ihnen eine Bitt vorschlagen. Geben Sie mir acht Tage Zeit und volle Bewegungsfreiheit! Ich schreibe Ihnen den Schwarzsender. Und, wenn ich's schaffe, stellen Sie mich dann wieder ein? Ja?"

Der Chef sah zu Conny auf. Eigentlich hatte er den Burschen ganz gern gehabt. Und tüchtig war er auch. "Top, Conny. Acht Tage. Wenn Sie es schaffen, Sorge ich dafür, dass Sie wieder angestellt werden".

Conny vergrub sich acht Tage lang in ein Zimmer der Inspektion, schleppte Berge von Akten an und sass und las Tag und Nacht. Seine Kollegen hielten ihn für übergeschnappt: "Will er den Schwarzsender in der kleinen Kammer finden?"

Und Conny fand ihn. Am achten Tage meldete er sich, sechs Stunden vor der ihm gesetzten Frist, bei seinem Chef.

"Nun, Conny?"

"Ich habe ihn, Chef. Kommen Sie heute Abend mit mir auf den Sender! Niemand darf etwas davon wissen. Wir gehen in den Maschinenraum; von dort aus kann man den Senderaum durch ein Fenster übersehen".

Am Abend sassen sie zusammen als Monteure verkleidet im Maschinenraum und spähten in den Senderaum herüber. Der Ansager wollte gerade beginnen; da hörte man die Stimme des Schwarzsenders wieder.

"Nun?" sagte der Chef der Kriminalinspektion zu Conny, "wo haben Sie den Kerl?"

"Da", sagte Conny und deutete durch das Fenster.

"Ich sehe niemanden, nur den Ansager".

"Ja, der ist's."

"Sie sind wahnsinnig."

"Sehen Sie nicht, wie er mit den Lippen zittert?"

"Sein ganzes Gesicht zittert. Der Mann ist aufgeregt, denn er hört die Stimme ja auch".

"Er ist es; verlassen Sie sich darauf! Und wenn Sie mir nicht glauben - ich habe die Lebensläufe aller Angestellten des Senders in diesen acht Tagen studiert, auch den des Ansagers; wenn Sie mir nicht glauben, dann lesen Sie diesen Akt über das Vorleben des Ansagers durch! Da werden Sie finden, dass er sechs Jahre lang mit Schmierenzirkussen gereist ist".

"Na, und? Was war der Mann?"

"Der Mann war und ist - Sie haben es eben ja gehört - ein fabelhafter Bauchredner."

Mario Mohr.

Die Wunderwurzel der Mandschurei.^x

SPD. Es ist schon mehr als 25 Jahre her, als die ostchinesische Bahn zum ersten Male über den bis damals in jeder technischen und kulturellen Beziehung jungfräulichen Boden der Mandschurei sauste. Vorher durchstreiften die uralten Cedernwälder der Ostmandschurei nur Eingeborene, die nach der wunderwirkenden Dschan=schenj=Wurzel suchten; kein anderer Sterblicher setzte je seinen Fuss dorthin. Dieser Erdstrich war von jeher das Reich des furchtbaren Lao=hu, des Tigers der Mandschurei, jener blutdürstigen Kiesenkatze, die bis zu 5 Arsin (etwa $3\frac{1}{2}$ m) Länge erreicht, und die bis zum Einzug der Zivilisation durch den Bau der Eisenbahn unbehelligt alle Tiere der Urwälder und die friedliche Bevölkerung der Dörfer in Schrecken hielt. Der Bau der Eisenbahnen brachte ein ganz neues Leben in dieses wilde Gebiet. Mit dem Einzug der Kultur, deren erste Pioniere die Eisenbahnarbeiter waren, entstanden blühende Kolonien, die sich bald zu Dörfern und Städten entwickelten. Auch der russisch=japanische Krieg trug viel zum raschen Aufblühen dieses Erdstriches bei. Die Militärtransporte wurden von ganzen Schwärmen von Kleinhändlern begleitet, die dann, die grossen Möglichkeiten dieses Landes erkennend, sich dort ansiedelten. Ein fleissiger Ackerbau und in seiner Folge ein reger Handel setzten ein, die mit der wachsenden Einwanderung von Sibirien und China immer grössere Ausdehnung gewannen. Denn die Mandschurei hat einen selten fruchtbaren Boden, und das Beispiel der Stadt Char=bin zeigt, dass sie zu einer Entwicklung in amerikanischem Sinne die beste Eignung besitzt.

Jedoch aller Fortschritt der Zivilisation, die Entwicklung der Landwirtschaft und Industrie haben nicht im geringsten die Bedeutung herabsetzen können, die dort der wunderwirkenden Wurzel Dschan=schenj beigemessen wird. Vor dem Ausbau der Eisenbahnen hatte man auf etwa 80 000 die Zahl derer geschätzt, die sich mit dem Sammeln dieser eigenartigen Wurzel befassten. Ging auch seitdem ihre Zahl mächtig zurück, so gibt es doch auch heute noch Zehntausende, die sich unter den grössten Gefahren in die Urwälder hineinwagen, um nach dieser seltenen Pflanze zu suchen. Wenn auch die moderne Medizin sich ihr gegenüber skeptisch verhält, so glauben die Völker des fernen Ostens nach wie vor unerschütterlich an ihre unschätzbare und geheimnisvolle Heilkraft bei allen Erkrankungen. Neuerdings versuchen hauptsächlich amerikanische und französische Gelehrte festzustellen, worin das Geheimnis dieses in der Praxis wirklich einzigartig wirksamen Mitteln besteht, ohne dass es bisher der Wissenschaft gelungen wäre, das Rätsel zu lösen. Nach Annahme französischer Gelehrter stehen wir auch hier der Wirkung des Radiums, dieses wunderbaren Elements, gegenüber, da diese Pflanze ihrer Ansicht nach in radiumhaltigem Boden wächst.

Trotz der immer grösseren Seltenheit dieser Wurzel und ihrer grossen Wertschätzung klingt es fast unglaublich, wie phantastisch hoch die Dschan=schenj=Wurzel im Preise steht. Ein mittelgrosses Wurzelstück, nicht grösser als 2 bis 3 cm, wird mit 1000 Dollar bezahlt. Grössere Stücke erreichen den Preis von 5000 bis 10 000 Dollar. Deshalb wird der Verfall der Cedernwälder als ein grosser Verlust für das Volkswohl angesehen, da das Abholzen der Wälder diese Wurzel immer seltener macht, sodass der Dschan=schenj=Handel allmählich dem Untergange geweiht ist. Hatten aber einst die chinesischen Behörden hohe Gebühren für die Erlaubnis des Wurzelsuchens erhoben, so hob das republikanische Regime diese Abgaben auf, um das Suchen nach der Wurzel anzuregen und zu fördern.

Iwan Tocilj, ein sehr bedeutender Forschungsreisender, der sich lange Jahre in der Mandschurei aufhielt, widmet in seinem kürzlich erschienenen Buche dieser sonderbaren Pflanze mehrere Kapitel. Er schildert äusserst lebendig, wie schwer und gefahrvoll das Unternehmen ist, nach der Dschan=schenj zu suchen. Die mandschurischen Wurzelsucher dringen aufgrund der Ueberlieferung und ihres Aberglaubens waffenlos in die Wildnis ein. Tage, Wochen, ja, Monate irren sie herum, bis sie zum Fund einer Wurzel gelangen. Tausende gehen vor Hunger

und durch wilde Tiere zugrunde. Denn es lebt noch in diesen Waldungen der Lao-hu, der gefährlichste Tiger aller Erdteile, wenn er auch im Aussterben begriffen ist. Und Panther und Bären sind die Herrscher des Urwaldes, die immer wieder ihre Opfer verlangen. Zu diesen gesellen sich noch die berüchtigten mandschurischen Räuber, die Hun-huz, die die glücklichen Finder der Wurzel ihres schwer erworbenen Schatzes erbarmungslos berauben. Doch was kümmern sich die Wurzelsucher um all die Gefahren! Entschlossen und allen Hindernissen trotzend durchstreifen sie die Wildnis, und haben sie die ersehnte halbmeterhohe Pflanze gefunden, so heben sie sie unter andachtsvollen Zeremonien aus der Erde. Sie senden ein Dankgebet zu dem Grossen Geist, und nachdem sie die Pflanze ausgehoben haben, schneiden sie die Wurzel ab, säubern sie gründlich von der daran haftenden Erde und bestreuen sie mit einem pfefferähnlichen Gewürz. In Watte eingewickelt verpacken sie sie dann in einer aus Baumrinde verfertigten Schachtel und eilen damit ins nächste Dorf oder in die Stadt, wo die Spekulanten ihnen die Wurzel für ein geringes Entgelt abkaufen. So beginnt der lange Kettenhandel, der die Wunderwurzel aus der Hand des Spekulanten zu den ostsibirischen Apothekern und von dort nach Peking führt, wo sich der Hauptmarkt für die Dschan-schenj gebildet hat, und wo sozusagen eine Börse ihren Preis reguliert.

Zweifellos wird die medizinische Wissenschaft - so versichern alle China-reisenden - sich noch viel mit dieser Wurzel beschäftigen müssen, um ihr einen gebührenden Platz auch in der europäischen Heilkunde zu sichern, keinen unbedeutenderen als den, welchen sie sich bei vielen hundert Millionen Menschen des Ostens erobert hat, wo sie, wenn auch nicht aufgrund der medizinischen Forschung, vielmehr auf Grund der Tradition und Erfahrung, einem Hausmittel ähnlich, zur Heilung der verschiedensten und selbst schwersten Krankheiten angewandt wird. Russische Wissenschaftler erzählen viele Fälle der Heilung durch die Dschan-schenj-Wurzel, ohne eine Erklärung dafür geben zu können. Und nicht nur in der Mandschurei, sondern in fast allen Ländern des Ostens hüten die einzelnen Familien die in ihrem Besitz befindliche Wurzel wahrhaftig wie einen kostbaren Schatz, der nicht veräussert werden darf.

-osi.

Berliner Theater.

SPD. Aus Berlin wird uns geschrieben: Unsre Theaterdirektoren haben es, weiss Gott, schwer. Bemühen sie sich schon einmal um die Förderung deutscher Autoren, noch dazu von hohen Range Alfred Döblin's, dann erleben sie auch noch einen Fehlschlag. Dass der sonst so kluge Döblin derartig daneben greifen konnte, wie wir es bei seinem in der "Volksbühne" aufgeführten Szenen "Die Ehe" wahrnehmen mussten, gehört zu den Unbegreiflichkeiten, mit denen uns die literarischen Reformer unsrer Zeit dann und wann überraschen. Zu Beginn des Werkes, das in kabarettistischer Manier, unter Aufgebot von Einzelsprechern und Chören, illustrierender Musik und Songs in Dreigroschenoper-Art, Film und Lichtbild und auf der Leinwand erscheinenden komentierenden Zwischenbemerkungen eine Darstellung der Eheformer von heute anstrebt, erwartet man eine neue dramatische Kunstform. Sehr bald jedoch erweist sich der Mangel jeglichen dramatischen Gestaltungsvermögens des Dichters und seine Unfähigkeit zu schlagkräftiger Formulierung in den Songs. Man könnte immerhin die Abkehr von den spielerischen Elementen der Dichtung als Phantasieprodukt, die Verwendung der Szene als Tribüne der Zeit, also die ausgesprochene Tendenzdramatik gelten lassen, wenn die Schilderung objektiv und dadurch überzeugend wäre. Aber die Primitivität und krasse Einseitigkeit, mit der uns hier das Elend der Proletariatsklasse und die Unmoral der bürgerlichen Ehe im demagogischen Stil von Leitartikeln der "Roten Fahne" vorgeführt werden, berauben das Stück jeder ethischen

und sozialkritischen Wirkung. Auch die von Karol Rathaus zusammengestellte Begeleitmusik lässt Ursprünglichkeit und Einprägbarkeit vermissen.

Ernst Penzoldt behandelt in seiner im Staatlichen Schauspielhaus aufgeführten Komödie der Unsterblichkeit "Die portugalesische Schlacht" einen merkwürdigen historischen Vorgang aus dem Ausgange des 16. Jahrhunderts, der unserm Interesse reichlich fern liegt. Der junge, aus ekstatischer Frömmigkeit keusche und einer Heirat abgeneigte König Sebastian von Portugal träumt von der Eroberung eines Welkreiches und unternimmt zur höheren Ehre Gottes einen als ungenügend vorbereiteten Feldzug gegen die "ungläubigen" Marokkaner. In der unglücklich verlaufenden Entscheidungsschlacht fällt er. Nach seinem Tode kommt Portugal unter spanische Herrschaft. Doch das gegen die Fremdherrschaft erbitterte portugiesische Volk glaubt nicht an den Tod seines Königs und huldigt immer wieder jungen Männern, in denen es seinen zurückgekehrten König zu erkennen glaubt. Wir haben hier also eine Variation des uns besonders aus der wirksameren "Demetrius"-Geschichte geläufigen Prätendententhemas. Penzoldt macht einige eindringliche Ansätze zu einer Satire auf monarchische Autokratie und fürstlichen Gottesgnadendünkel. Aber sein dramatisierter biographischer Roman entbehrt der dramatischen Entwicklung und zerfällt in lauter Episoden, von denen nur Sebastians Begegnung mit seiner Grossmutter und einzelne Momente aus dem Auftreten des einen Prätendenten eine fesselnde Charakterisierungskunst erkennen lassen.

Mit einem aktuellen Problem beschäftigt sich Georg Kaiser in seinem Gesellschaftsspiel "Hellseherei", das im Renaissance-Theater herausgebracht wurde. Leider überspitzt er die Logik der raffiniert ausgeklügelten Handlung darrt, dass die Spitze abbricht und der auf sie gestellte dramatische Aufbau umfällt. Man weiss schliesslich nicht recht, ob der geschilderte Hellseher, der einen verlorenen Ring herbeischafft, ein Schwindler oder wirklich mit übersinnlichen Fähigkeiten begabt ist. Verbunden mit dem Auftreten des Hellsehers ist in diesem Spiel zu vier Personen die glücklich verlaufende Eheirung des Gatten der Verliererin des Ringes. Auch in diesem Stück macht Kaiser einen Ansatz zur Parodie auf Kolportageliteratur, aber es fehlt ihm hier die Leichtigkeit und Ueberlegenheit des Witzes und die Entschlossenheit zur Parodie, die den Zuschauer mitreissen könnte.

Wohl nur, um Helene Thimig eine neue Gelegenheit zur Entfaltung ihrer grossen Kunst der Menschengestaltung zu geben, hat man in der "Komödie" das Schauspiel "Natalie" von Iwan Turgenjew ausgegraben. Der grosse russische Erzähler versucht sich hier in der Darstellung der schmerzvoll entsagenden Liebe einer reifen Frau zu einem jungen Studenten. Das Stück gehört zu jener vor-naturalistischen Bühnenliteratur, die von Ibsen überwunden worden ist. Wir begegnen hier allen den Typen, Konflikten, grossen Gefühlen und wohlgesetzten Reden, die sich zuletzt und wohl endgültig bei Sudermann überlebt haben. Bis in die kleinsten Nüancen hinein sind die Vorgänge, die Charakterisierungen der Personen, die Motivierungen ihres Auf- und Abtretens und der Wortlaut ihrer Gespräche gemacht, schablonenhaft und unwahr. Diesen Eindruck vermag auch die aufgebotene Schar ausgezeichnete Darsteller nicht zu mildern.

Eine erfreuliche Bekanntschaft mit der fast unbekanntem Operette "Perichole" von Offenbach vermittelte uns die Staatsoper am Platz der Republik. Die Handlung dieses Werkes, das ein abenteuerliches, in allen Ehren ausgehendes Erlebnis einer Strassensängerin mit den liebesvollen Vizekönig von Peru schildert, haben die Textdichter Meilhac und Halévy einer Novelle des "Carmen"-Dichters Prosper Mérimé entnommen. Vor unsrer ganzen modernen Operettenproduktion zeichnet sich das Werk durch seine von keinerlei Sentimentalität getriebene Lustigkeit, seine echt pariserische Grazie und seine bis zum Schlusse vorhaltende Spannung aus. Ist auch der Komponist hier nicht ganz auf der Höhe seiner besten und berühmtesten Schöpfungen, so überrascht er doch auch hier den Zuhörer immer wieder durch eine Fülle reizvoller musikalischer Einfälle und durch rhythmische Schmissigkeit. Die hochkultivierte Ensemblekunst dieser

Aufführung lässt umso schmerzlicher das voraussichtliche Verschwinden dieses vorbildlichen Volksopterninstituts mit dem Ablauf dieser Spielzeit bedauern.

In der Städtischen Oper erfuhren das schon dreissig Jahre alte Singgedicht "Feuersnot" und das Tanzdrama "Josephslegende" von Richard Strauss eine glanzvolle Erneuerung. Schon in der "Feuersnot" hat sich Strauss fast ganz vom Einfluss Wagners freigemacht und die Entartung des reinen Sprechgesanges aufgegeben. Er zitiert sogar zu Anfang Mendelssohn, bietet später eine Vorahnung des "Rosenkavalier" = Walzers und mündet zum Schluss in volksliedhafte Elemente. Breit ausströmende, naturechte Lyrik, feurige musikalische Sinnlichkeit und klang=zaubergesättigte Vielfältigkeit der Instrumentation sind die wesentlichen Vorzüge dieses Werkes. In der "Josephslegende" vollends kommen das echt Straussische Raffinement, die sinnliche Glut seiner durchweg eigenartigen, musikalisch dramatisch temperamentvollen Tonsprache und der Rausch der Orchesterfarben, die nur stellenweise etwas zu viel Blech für den Legendencharakter des Werkes aufweisen, zu höchster Geltung. In der Rolle der Frau Potiphar bewährt sich Ruth Abramowitsch als eine Bühnentänzerin ganz grossen Formats.

Bz.

Die Spielkarte.^x

SPD. Dass das Kartenspiel, dieses "Teufelsgebetbuch", das alle Frommen tief verabscheuen, etwas mit Kunst und gar mit Religion zu tun hat, aber auch mit dem Kriegswesen und der Politik, das wissen nur die wenigsten unter uns. Eine Ausstellung, die die Staatliche Kunstbibliothek in Berlin gegenwärtig veranstaltet, rückt uns alle diese überraschenden Zusammenhänge vor Augen. Wir sehen da merkwürdige, fast expressionistisch stilisierte schmale Karten, deren Figuren in einer primitiven Holzschnittechnik ausgeführt sind: Menschengesichter, Tiere, Pflanzen. Ein chinesisches Kartenspiel bezeugt, dass die Bewohner des "himmlischen Reiches" diesen Zeitvertreib schon seit Jahrhunderten kannten, als er im Abendlande eingeführt wurde. Aber auch sie haben ihn von einem andern Volk übernommen: von den Indern. Das ist nichts Ungewöhnliches - auch das Schachspiel und das Polospiel haben wir vom Orient übernommen. Unsere europäische Kultur, auf die wir so ungeheuer stolz sind, wäre ja überhaupt ohne das asiatische Vorbild nicht denkbar. Bei den Hindus sind die Kartenbilder religiöse Symbole: ihre zehn Farben entsprechen den zehn Verwandlungsformen ihrer höchsten Gottheit, des "Vishnu". Diese "Inkarnationen" sind Tiere, Geräte, Waffen. Die beiden Begleiter des Gottes sind beritten. Die älteste Form der Spielkarte ist eine runde Elfenbeinscheibe, die später aus Holz, Leinwand oder Papier hergestellt wird. Diese Rundform hat auch eins der ältesten deutschen Kartenspiele: das eines Meisters "P.W." um 1500.

Die Chinesen hielten nicht viel von religiösen Symbolen: sie ersetzten sie durch etwas viel Realeres: durch Geldzeichen. Die vier Sorten Kupfermünze, Münzschnur, Zehntausender und Hunderttausender ergeben die Vierzahl der Farben, die auch heute noch bei uns gebräuchlich ist. Die Anzahl der Karten freilich war bedeutend grösser: bei den Indern waren es 100, bei den Chinesen 120 bis 152. Die Geldbezeichnung ist in der Form des "AS" erhalten geblieben. "AS" ist eine altrömische Münze - die Kultur des Orients ist auf dem Umweg über die Antike, über Griechenland und Rom, zu uns gekommen. In Italien hat sich wie in einem Sammelbecken alles zusammengefunden, was die Ueberreste des Altertums und die Einflüsse aus dem Orient anschwemmten. Italien ist die Wiege der abendländischen Kultur, aber auch der abendländischen Wirtschaft. So können wir uns denn nicht wundern, wenn wir die aus Indien und China importierten Spielkarten in Venedig, dem grossen Handelszentrum, schon am Ende des 13. Jahrhunderts finden. Dieses venezianische Spiel hat vier Farben: Geldstück (Scheibe), Keule,

Schwert und Kelch. Daraus entwickelt sich die namentlich in Süddeutschland und Oesterreich verbreitete Tarok=Karte. Die Urbilder des französischen Kartenspieles, das allmählich das deutsche auch auf deutschem Boden verdrängt hat, sind damit gegeben. Aus dem Schwert wird das Kreuz, aus der Scheibe das Herz; die Keule oder Streifaxt verwandelt sich in die "Schippe" und der Kelch in das Karo. Man nimmt an, dass der Gestalt des Karo die der Pfeilspitze, der der "Schippe" die Hellebarde zugrunde liegen. Wir geraten damit in militärische Bezirke. Umsomehr, als das Spiel in Frankreich "Piquet", auf deutsch "Wachtfeuer" oder "Lansquenet" ("Landsknecht") genannt wurde. Diese Bezeichnungen wiederum weisen darauf hin, dass das Kartenspiel nach der ersten Einführung, die im 14. Jahrhundert aus Italien erfolgte, im 16. aus Deutschland eingeführt wurde, und zwar von Soldaten, die es im Lager spielten. Aber auch der soziale Wandel lässt sich von diesen unscheinbaren Spielkarten ablesen: der thronende indische Gott wird zum "König", dem die "Königin" und der "Valet", der "Diener" oder "Bube", beige stellt werden. Die Italiener schaffen sich ein soziales Gegengewicht im "Matto", dem "Jocker", der in einem Narren oder Bettler verkörpert wird.

Dieses Schema ist reicher individueller Ausgestaltung fähig. Bis ins 17. Jahrhundert hinein kennt man in Europa keine Massenherstellung und Massenproduktion, wie sie erst das Zeitalter der Manufaktur heraufführt. Der handwerkliche Ehrgeiz gefällt sich in freier, phantasievoller Lösung der Aufgabe. Fürsten und reiche Patrizier bestellen sich bei namhaften Malern handgefertigte Privatkartenspiele. So entstehen wahre Prachtwerke. Für die Entwicklung des deutschen Kupferstichs sind die Werke des "Meisters der Spielkarten", des "Meisters E.S." und des schon erwähnten "Meisters P.W." Marksteine. Albrecht Dürer hat es nicht verschmäht, einige Blätter aus einem 1468 in Venedig entstandenen, fälschlich dem Mantegna zugeschriebenen Buche mit Vorlagen zu kopieren. Seine Nachfolger Peter Flötner, Hans Sebald Beham und Virgil Solis haben sich mit ganz ausgezeichneten Entwürfen verewigt. Da sind Bauern- und Tier= szenen von einem äusserst unbefangenen, saftigen Humor, bei denen der Stecher auch vor den allernatürlichsten Betätigungen von Mensch und Vieh nicht zurück= schreckt. Gegen Ende des 16. Jahrhunderts wird man dann manierlicher: ein unge= mein kostbares, auf Pergament sorgfältig gemaltes Spiel aus Oesterreich bildet vier Monarchen des Altertums ab: Alexander, Cyrus, Ninus und Caesar, vier my= thologische Königinnen, darunter "Cleopatra, die Frech", vier "hoch= und weit= berühmte Ritter", die Temperamente und Elemente, Kampf= und Entführungsszenen.

Man hat die Spielkarten vom 17. Jahrhundert ab zur Volksbelehrung benützt und etwa die Länder der Erde als allegorische Frauengestalten mit erläuterndem Text auftreten lassen. Um die Zeit der Befreiungskriege geht es dann wieder stramm militärisch und monarchistisch zu. Es gibt aber auch Aussenseiter, die sich allerhand satirische Respektlosigkeiten erlauben und die Könige als Hans= wurste, einmal als "Prinzipal" eines Marionettentheaters, einführen. So konnten die Spielkarten wohl auch einmal zu einem Ventil des Volkszorns über die Herrschenden werden. Die Versuche künstlerischer Gestaltung in der Biedermeier= zeit verebben mehr und mehr und machen der Massenfabrikation Platz. Uebrigens ist die deutsche Spielkartenfabrikation schon seit dem 15. Jahrhundert ein z= schwanhaftes internationales Geschäft, das ja auch heute noch hohe Gewinne ab= wirft.

Hermann Hieber.

SPD. Ist die Zunge auch nicht aus Stahl, so schneidet sie doch gut. Schottisches Sprichwort.

SPD. Nicht jeder ist ein Jäger, der ins Horn bläst. Englisches Sprichwort.

Mit gleicher Münze heimgezahlt.^x

SPD. F.W. Bussell, ein Allerweltskerl aus Brasenose und bekannter Dandy, war ein ausgezeichneter Kenner des Griechentums und besonders belesen in den Werken der Neuplatoniker. Eines Tages wurde er mit verschiedenen anderen aufsteigenden Grössen zum Frühstück bei dem berühmten Pädagogen Benjamin Jowett, dem Master von Balliol College und Uebersetzer von Plato, Thukydides und Aristoteles, geladen.

Als Jowett Bussells ansichtig wurde, der nach dem letzten Schrei der Mode gekleidet war und seine rosig=weisse Gesichtsfarbe sonder Scheu im Kreise der bärtigen Männer zur Schau trug, wandte er sich an ihn mit der Frage: "Mr. Bussell, womit beschäftigen Sie sich? Sind Sie Ruderer?"

"Nein, Professor, ich rudere nicht".

"Dann spielen Sie wahrscheinlich Criket?"

"Nein, ich habe nie den Criketball geschlagen."

"Sie lieben also wohl Lawn Tennis?"

"Auch das nicht!"

"Dann gehen Sie ganz gewiss gern auf die Jagd?"

"Ich habe bis jetzt der Jagd nicht obgelegen!"

"Um Himmels willen", sagte da Jowett, "was tun Sie dann eigentlich?"

Eine Antwort erhielt er nicht.

Nach einer Weile kam das Gespräch der vielen geistreichen Männer auf die Philosophie. Da bemerkte Bussell: "Ich liebe besonders Theon von Smyrna und zwar wegen seiner Abhandlung über die Musik!"

"Ich habe sie nicht gelesen!" meinte Jowett.

"Sie wissen aber doch wohl, wie Alkinoos die Ansichten von Plato und Aristoteles über die Ideen in Einklang zu bringen versucht hat?"

"Ich habe das Buch nie gesehen, geschweige denn gelesen!" sagte der Master von Balliol.

"Aber, lieber Professor, Sie haben sich doch eingehend mit Plottin befasst, wie?"

"Nicht, dass ich wüsste", war Jowetts Antwort, während eine leichte Röte sein Gesicht färbte.

"Du lieber Gott, Professor," rief nun Bussell aus, "was haben Sie denn eigentlich gelesen?"

Dr.K.W.

SPD. Der ungeduldige Schlemmer.^x Rossini hatte mit Händel die Lust am Essen gemeinsam. Als Rossini einmal irgendwo einen schönen grossen Truthahn herumstolzieren sah, kaufte er ihn dem Besitzer sofort ab. "Schicken Sie ihn mir, wenn die Truthahnzeit gekommen ist", hat er sich aus.

Nach einiger Zeit erkundigte er sich nach seinem Kauf.

"Oh, Signore", erwiderte der Besitzer, "es ist noch zu früh im Jahr. Jetzt schlachtet man noch keine Truthähne."

"Lächerlich", erwiderte Rossini, "Das ist bloss so ein albernes Gerücht, das die Truthähne ausgestreut haben".

SPD. Beherzigenswerter Vorschlag.^x Ein Naziredner sprach von einem Minister: "Der! Den stecken wir bequem in die Tasche". Da ertönte ein Zwischenruf: "Tun Sie das um Gotteswillen! Dann haben Sie mehr Geist in der Tasche als im Gehirn."

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 30.

Berlin, den 20. April 1931.

Die Kultur der kleinen Dinge.^x

SPD. Wer jemals in einem Montessori-Kinderheim zu Gaste war, der weiss, mit welcher freudiger Andacht die Kleinen und Kleinsten täglich den Tisch decken. Sorgfältig legen sie eine weisse oder bunte Decke auf; in die Mitte wird eine Vase mit Blumen gestellt, und auf den einzelnen Tischplätzen werden regelmässig Teller, Tassen und Bestecke angeordnet. Prüfend lassen die kleinen Tischdeck-Künstler noch einen letzten kritischen Blick über ihr Werk gleiten - hier rücken sie etwas zurecht, dort schieben sie den Löffel ein wenig vor, damit er in gerader Linie liegt. Erst dann, wenn wirklich alles zu ihrer Zufriedenheit ausgefallen ist, werden die Spiel- und Arbeitsgefährten zum Essen gerufen. Tadellos sauber gewaschene Kindergesichter, aus deren Mienen frohe Erwartung spricht, neigen sich über die aufgetragenen Speisen. Saubere Kinderhände hantieren sorgsam mit Gabel und Löffel. Ueber der ganzen Kindergruppe, der schöner Anordnung der Dinge liegt eine geruhsame, heitere Stimmung, die sich unwillkürlich auch dem Gaste mitteilt. In ungekünstelter Weise, mit einfachsten Mitteln ist hier von Kindern die Kultur des gedeckten Tisches verwirklicht worden.

Mit vollem Bewusstsein hat Maria Montessori schon das Kleinkind zu dieser Aufgabe erzogen. Nicht bei allen, aber sicherlich bei vielen dieser Kinder wird eine solche Erziehung nachwirken bis in die Jahre des Erwachsenseins und wird ihre Früchte tragen im eigenen Haushalt. In einem solchen Kinde ist ein Gefühl dafür geweckt worden, dass die Kultur des täglichen Lebens bei den kleinen Dingen beginnt, bei der Sauberkeit des Fussbodens und der Möbel, des Tischtuchs und Geschirrs, bei dem harmonischen Uebergang der Formen und Farben, bei der Sorglichkeit, mit der Tassen, Teller und Bestecke angeordnet werden. Denn nicht der Luxus, sondern die Aesthetik, nicht der materielle Wert, sondern der Stil ist entscheidend.

Es ist gewiss schwer, in einer Zeit grösster materieller Not die Kultur der kleinen Dinge nicht zu vernachlässigen. Aber der Sozialismus hat von Anfang an, als das Proletariat noch ungleich schlimmer daran war als heute, als der Arbeiter unfrei, bedrückt und rechtlos, ausgebeutet und ohne Schutz war, das grosse Kulturproblem in sein Programm aufgenommen. Dem Arbeiter nicht nur politische Freiheit, sondern auch seelische und geistige Weiterbildung, das Bewusstsein zu geben, dass auch er ein Recht habe, an den Kulturgütern teilzunehmen, war schon vor einem halben Jahrhundert das grosse Ziel unsrer Vorkämpfer. Und immer wieder beginnt der Weg zu diesem Ziel bei den kleinen Dingen, die uns täglich umgeben, die an uns formen und unser Wesen mitbestimmen....

Da steht am Fenster einer engen Wohnküche ein einfacher, viereckiger Tisch, der mit weissem Wachstuch bedeckt ist. Einfache Speisen in billigem Geschirr laden zum Essen ein. Eine unendliche Schlichtheit, aber ebenso viel innere Wahrhaftigkeit geht von diesem gedeckten Tisch aus, der so ganz seinen Zweck erfüllt: Er lädt die Bewohner ein, zu rasten und sich zu stärken, auszurufen und neue Kraft zu sammeln. - Da steht ein dunkelgebeizter Tisch in einer kleinen Wohnstube, die der ganzen Familie als Aufenthalt dient. Eine leicht waschbare, bunte Decke liegt auf der Tischplatte, und in schlichtem weissem Geschirr sind einige Speisen angerichtet. Freilich gibt es auch andere Tische. Sie sind Abladeplätze für alles, was der Eintretende gerade in der Hand hält, und selbstverständlich wird hier auch gegessen. Gehetzt kommt die Frau aus

der Küche hereingestürmt - vielleicht ist sie selbst erst vor kurzem von der Arbeit nach Hause gekommen -, und die Kinder haben es nie gelernt, die kleinen Dinge um sie her zu beachten. In Eile werden Zeitungen, Wollknäuel, Spielzeug, Stopfsachen beiseite geschoben. Der Topf wird, wie er vom Herd kommt, auf einen Holzuntersatz gestellt, und dann sättigt man sich. Missmutig und hastig wird gegessen in der ungastlichen Umgebung. Wer fertig ist, der erhebt sich erleichtert und sucht das Weite. Zwar hat die Hausfrau noch andere Schüsseln und Teller in ihrem Küchenschrank, aber wozu sie herausholen? Das kann man tun, wenn einmal Besuch kommt. Für die eigene Familie aber sind beschädigte Geschirre, Tassen mit abgeschlagenen Henkeln, gesprungene Teller gut genug. Man ist ja auch viel zu müde im Alltag geworden. Das Leben ist so schwer, und man hat nicht mehr die Kraft, von innen heraus Freude und Glanz über die kleinen Dinge zu legen.....

Aber manchmal ist es seltsam - es ist, als ob die vernachlässigten, unscheinbaren kleinen Dinge sich an den Menschen rächen wollten. Denn wie kommen die Kinder plötzlich darauf, unappetitlich und unartig zu essen, und warum steht der Mann mit einer Gebärde des Ekels auf und geht ins Wirtshaus? Haben die kleinen Dinge ihr Eigenleben und ihre eigene Seele, wie es Kinder und Märchen erzählen? Vielleicht müssen wir Erwachsenen immer wieder lernen von den Kindern, die in Ruhe und stiller Heiterkeit ihren einfachen Tisch decken, müssen das alte Märchen vom "Tischlein deck dich" täglich von neuem verwirklichen, so schwer es auch heute ist. Vielleicht ist diese Kultur der kleinen Dinge des Alltags die beste innere Ergänzung zu dem grossen Kampfe des Sozialismus, um menschenwürdige Wohnung und ausreichende Löhne, um Freizeit und Wochenende, um politischen und kulturellen Aufstieg. M.E.

Kampf um das Spiel.^x

SPD. Auf der sonnenhellen, noch ziemlich kühlen Strasse schiebt eine junge Frau den Kinderwagen vor sich her. Man sieht, sie gibt viel auf Ordnung und Reinlichkeit. Hell lackiert, weiss ausgeschlagen, mit sorgfältig gebügeltem Volant verziert, macht der Wagen einen gut gepflegten Eindruck, ebenso wie das Baby in heller, ansprechender Kleidung. Das zierliche Köpfchen eines kleinen Mädchens ragt heraus mit dunklem, gekräuseltem Haar, feingeschnittenen Zügen, klug blickenden Auglein, die angelegentlich nach allen Seiten Ausschau halten. Und es gibt so viel zu sehen, so viel. Da läuft ein Hündchen über die Strasse. Flink, flink rennen die krummen Beinchen, dass die Augen kaum der Bewegung folgen können. Und hinterdrein wackelt lustig das Schwänzchen. Ein langes Haus läuft mitten durch die Strasse; das hat so viele Fenster, und hinter jedem sitzen fremde Tanten und Onkel. Das Kind hebt den Finger und tippt in die Ferne mit der Bewegung des Zählens. Aber es geht nicht so rasch, und das lange Haus läuft wieder weg. Viele, viele Töff-Töffs kommen gefahren. Man weiss nicht, wohin man zuerst sehen soll. Manchmal bleibt eins stehen und macht einen so gewaltigen Lärm, dass es in der kleinen Brust erzittert. Já, es gibt viel zu sehen. Zuletzt wird man dessen müde. Was nun? Man guckt in den Wagen, man entdeckt den Volant, der, von leisem Lüftchen bewegt, einen herausfordernd anspricht. Schon fahren die zierlichen Finger durch die Falten des lustig tanzenden Weiss. Kleinchen steckt den grossen Finger unter die Falte, den Daumen dazu. Nun sind sie weg. Das Kind amüsiert sich köstlich und jauchzt.

Die Mutter hat den Wagen mechanisch vorwärts geschoben. Das Jauchzen des Kindes weckt sie zur Wachsamkeit. Sie findet es an der Zeit, den Volant aus Babys Fingern zu retten. Entschlossen fasst sie die kleinen Hände und schiebt sie zurück auf die Wagendecke. Da lagen sie nun, lang und schlank, und längweilen sich unter Babys nachdenklichem Blick.

Doch kaum eine Minute währt die gezwungene Entspannung. Dann kommt wieder Leben in die Fingerchen. Sie krümmen sich, zucken empor, greifen erneut in den Volant. Mechanisch, unter dem Zwang eines Reflexes, der von der Gespanntheit des gesamten kleinen, zur Bewegungslosigkeit verurteilten Körpers ausgesandt scheint, um den gehemmten Lebensstrom frei zu machen, zu befreien von seinem Ueberschuss.

"Du, du - wirst du wohl folgen!" Scharf, kurz und hastig tippen die Fingerspitzen der mütterlichen Hände auf die Finger des Kindes. Das Kind lässt den Volant fahren. Seine Augen werden gross und starren geradeaus. Ohne es zu wissen, bringt das Kind sofort wieder die Finger an den verbotenen Volant. Die Mutter droht mit dem Finger. Babys Hände lassen los, um gleich darauf erneut zuzugreifen. Neckisches Spiel kommt in den Blick, ein Lächeln in die Züge. Mit seitlich geneigtem Köpfchen bietet das kleine Mädchen allen ihm zu Gebote stehenden Liebreiz auf, um die Mutter seinem Spiel geneigt zu machen, um sich das Recht auf Befriedigung seines natürlichen Spieltriebes nicht nehmen zu lassen. Aber Mutter ist nicht aufgelegt zum Spassen. Plötzlicher Zorn steigt in ihr auf gegen das kleine Geschöpf, das, so jung noch, so winzig, schon ihrem Willen zu widerstehen wagt. Mit aller Gewalt reisst sie die Händchen vom Wagenrand schlägt zu. Patsch, patsch. "Siehst du, wenn man nicht folgt!" Unter den langen Wimpern des kleinen Mädchens schiesst ein feindseliger Blick hervor, ein böses Zwinkern, und wie sich Mutters Hände den ihren nähern, fuchteln die kleinen Hände heftig gegenseitig los.

Erbitterter Kampf. Der Kampf zweier Geltungsstrebungen gegeneinander. Die Mutter empfindet nicht mehr ihr kleines Kind, das zum Leben drängt, zur Bewegung, Betätigung aller seiner Organe und Glieder. Sie sieht nicht das hilflose schwache, liebevolle Wesen, für das sie täglich liebend sorgt und denkt, das sie hegt und pflegt. Nein! Ein winziges Etwas sieht sie vor sich, das seinen Sinn gegen ihren setzt, ihren Geltungsbereich zu kürzen und einzuschränken trachtet.

Und das Kleine? Nicht Mütterchen steht da vor ihm, an deren Brust es sich sonst traulich zu schmiegen pflegt. Eine böse, böse Frau schlägt auf es los, gönnt ihm nicht das Spielzeug, das sich von selbst den verlangenden Fingern darbietet. Sie schlagen aufeinander los. Wieder und wieder. "O, du böses, böses Kind! Wie darfst du deine Mutter schlagen! Da, da hast du's!" Das Kind schweigt. Fest zusammengepresst sind seine Lippen. Immer eigensinniger wird der Ausdruck seines Gesichtchens. Immer wieder treffen seine Finger auf die der Mutter. Wem es wohl mehr weh tut?

Ich gehe seit geraumer Zeit auf dem gegenüberliegenden Fussteig. Ich habe alles mit angesehen. Ich halte es nicht mehr aus. Ich überquere den Fahrdamm, gehe auf die Mutter zu, die längst haltgemacht hat, um erfolgreicher ihr Kind zu bekämpfen - erziehen nennt man so etwas gemeiniglich. Als sie mich und mein Interesse gewahrt, macht sie eine Bewegung; mit Kopf und Augen zu mir hin, die wohl besagen soll: "Sehen Sie - so ist sie. Was sagen Sie zu solchem Eigensinn?" Wieder schickt sie sich an, zuzuschlagen. "Nicht doch, nicht schlagen!" sage ich möglichst sanft. Das Kind blickt finster, erregt. "Du Kleines," sage ich leise und versöhnlich, "nicht böse sein mit der Mutti! Du bist doch ein liebes Kindchen; du kannst doch auch freundlich sein. Nun lach doch ein wenig!" Langsam weicht der starre Trotz aus den Zügen des Kindes. Um seine Lippen zuckt es. Die Augen füllen sich mit Tränen. "Du brauchst nicht zu weinen; du willst doch wieder lieb sein, ja, ja, gewiss. Schau mal, der Volant da geht kaputt, wenn die Fingerchen damit spielen. Aber du tust es auch nicht mehr. Nun sei wieder gut und gib der Mutti ein Küsschen! Sie ist auch nicht mehr böse." Und, erlöst von seinem Eigensinn, wendet sich das liebreizende Wesen mit entzückender Gebärde zur Mutter und streckt ihr bittend die Ärmchen entgegen.

"Aber geh weh; ich will nichts von dir wissen, du Unartiges! - - Sie ist immer so eigensinnig" sagt die Mutter zu mir.

O, der Blick von unten her, lang und tief, mit dem das Kind sich nach mir umwendet! Kaum vermögen Worte ihn zu schildern. So voll der Trauer, des Vorwurfes, der Anklage, der Trost- und Hoffnungslosigkeit! Nie sah ich solchen Blick bei einem so kleinen Kinde. Es mag etwa achtzehn Monate alt sein, vielleicht auch schon zwanzig. Sie will nicht, du siehst es selbst, sagt dieser Blick, und er sagt auch: du und ich - wir verstehen einander. Ein schwerer Seufzer entringt sich der kleinen Brust.

"Sie dürfen es nicht zurückstossen," sage ich nun wieder versöhnlich zur Mutter. "Sie verbittern das Kind." Und, im Verlangen, dem Kind zu helfen: "Will die Mutti nicht?" Komm, wir versuchen es zusammen." Ich umfasse das Kind und neige es der Mutter zu. Noch einmal heben sich Mund und Arme ihr entgegen. Sie widerstrebt nicht mehr. "Willst du nun artig sein?" Des Kindes Hand streichelt ihre Wange. Zwei grosse Tränen lösen sich aus bittenden, versprechenden Augen. Der Mund bleibt stumm. Er kann vielleicht noch nicht einmal sprechen. Mit einem Seufzer wieder, dieses Mal der Erleichterung, sinkt das Kindchen zurück in den Wagen. Die Spannung ist aufgehoben - es liegt da, gelöst, erschöpft. Im leicht umflorten Blicke leise Wehmut, unbewusste Trauer.

Mit einem letzten Blick auf das liebliche, trauerumfangene Kind nicke ich zum Abschied und setze meinen Weg fort. Der Eindruck dieses erschütternden Erlebens eines zarten kleinen Kindes, das noch kaum zu sprechen und zu gehen verstand, ging mir nach und weckte mein Nachdenken. Muss es, darf es sein? Seelisches Leid, trübe Erfahrung, frühzeitiger Energieverlust eines kleinen Kindes, im Kampe mit den Erwachsenen! Erbitterung und Verbitterung, früher Charakterverderb, um einer Geringfügigkeit willen. Ist es notwendig? Nein! Gebt dem Kinde zur rechten Zeit sein Spielzeug! In den Wagen, ins Bettchen, ins Körbchen. Zu Hause, auf der Strasse, stets zur Hand, stets bereit, dem fordernden Spieltriebe zu genügen. Es erspart dem Kinde manch unnützes Leid.

Sasche Rosenthal.

Ein Kind lacht auf der Strasse.^X

SPD. Der Frühling schreitet durch die grosse Stadt. Nicht sturmvoll, reich ausschüttend, über Nacht Wunder von Wiesen, kätzchenbesteckten Weiden, zitternden hellgrünen Birkenblättern hervorzaubernd - nein, das kann selbst der Frühling in diesem grossen, grauen Steinlabyrinth von Strassen, Häusern, Brücken und Bahnhöfen nicht möglich machen. Heimlich, fast unmerklich streichelt er da einer einsamen, verkümmerten Reihe Strassenbäume die grünen Blattspitzen heraus, lässt dort, in dem schmalen Vorgarten, ein paar blasse Graslanzen aus der Erde steigen - und nur in den Parks und Anlagen, die wie Oasen in dieser tollen Symphonie von Stahl und Stein liegen, wie eine ferne Erinnerung an Bäume, Wiesen, Ferne und Weite, nur dort steigt der frische, herbe Geruch der keimenden Erde gegen die Wipfel der Bäume.

Und noch eines ist, wo sich der Frühling zäh und stark bemerkbar macht - die Luft! In dieser vom Dunste der Fabriken, vom Rauch und Qualm von Benzin, Oel und all den andern Rückständen vergewaltigten Luft, spürt man den Frühling. Man atmet ihn mit dem ersten Atemzuge, der morgens in die Lunge dringt, bis in die feinsten Adern - lässt ihn in die geöffneten Fenster des Zimmers, fühlt ihn in die lärmdurchtobten, maschinendurchratterten Säle der Fabriken eindringen und träumt in stillen, verlorenen Minuten über dem Hauptbuch, der Faktura, der Lohnliste, vom Frühling - vom wiedergekehrten Frühling....

In den grauen Arbeiterbezirken der Stadt laufen die baumlosen Strassen wie steingegossene Kanäle in langen, trostlosen Zeilen dahin, stehen die Mietskasernen mit ihren zwei, drei Hinterhöfen und den Fassaden, die mit ihrem abgefallenen Putz, ihren verwitterten Stuckverzierungen und farblosen Fensterkreuzen wie grämliche, zerfurchte Gesichter aussehen, gegen die Strasse ge-

kehrt. Eine unsagbare Monotonie liegt in den vielen Strassenkreuzungen, die stets den gleichen Blick in eine andre, ebenso graue Häuserschlucht freigeben. Nur die Strassenschilder sind verschieden. -

Eine summende, irgendswie bedrohliche Unruhe liegt über den Häusern. Die Schicksale, das Fühlen, Sorgen, Fluchen der vielen tausend Menschen, die hier in den Häusern, in enge Stuben und Kammern zusammengedrängt, hausen, dringen durch die Mauern, durch Türen, Fenster, Luken, nach aussen - vermengen sich mit dem Fühlen, Sorgen, Fluchen der Menschen von drüben, rechts, links - ein, zwei, drei, vier Strassen weiter - des ganzen Viertels. Ganz anders als in den stillen Bezirken des Westens, in denen parkumgebene Villen liegen; ganz anders als in den Bürohäusern der City, in denen "business", das Geschäft, regiert - ganz anders ist es hier. Die Schicksale, übermächtig kompromiert in der Enge des Beieinanderseins, des Nebeneinanderwohnens, sprengen den allzu engen Rahmen, stossen nach aussen, werden Gemeingut. Dein Schicksal? - mein Schicksal, ihr Schicksal, ezer, unser aller Geschick, die Not, Sorge, Elend, Arbeitslosigkeit, Unzucht, Verbrechen - - - - -

Die Strasse lebt.

Die elektrische Bahn kreischt mit wütendem Klingeln durch die Kurve. Der Führer schimpft auf den jungen Burschen, der eben noch vor dem Wagen die Schienen überschritten hat. Der dreht sich um, zuckt gleichgültig die Schultern und geht weiter. Am Bürgersteig spielt ein kleines Mädchen mit einer grossen, bunten Glaskugel, Sie rollt sie vor sich hin und rennt dann eilfertiger hinterher. Manchmal stolpert sie und fällt hin. Dann rappelt sie sich mühsam wieder auf und läuft weiter. Ihre Kleider sind schmutzig, das Gesicht ist beschmiert; unbekümmert um alles, was um sie her vorgeht, spielt sie weiter.

Aus einem Hausflur kommt eine Frau. Sie sieht sich suchend um, wartet einen Augenblick und ruft dann laut und schrill: "Mariechen!"

Keine Antwort.

Die Frau ruft wieder: "Mariechen!" Das Kind hebt den Kopf, sieht mit einem scheuen Blick zu der Frau hinüber, fasst seine Glaskugel mit beiden Händen und geht langsam, halb zum Davonrennen gewandt, auf die Frau zu, die mit in die Hüften gestemmt Armen abwartend da steht. Als das Kind zögernd bis auf drei Schritte herangekommen ist, beginnt sie zu schimpfen: "Dreckiges Ding, musst du immerfort auf der Strasse liegen! Hab' ich dir nicht gesagt, du sollst auf dem Hof bleiben?"

Das Kind ist zögernd stehen geblieben. In seinem angstvoll zusammengezogenen Gesichtchen zuckt es. In den Augen flirren Tränen. Die Frau schimpft haltlos weiter, giesst den Schmutz unflätiger Redensarten über das Kind aus. "Du dreckiges Balg, man sollte dich verprügeln, bis dir das Blut aus dem Maul kommt! du Stück Mensch, du verwahrlostes - - "

Sie macht einen schnellen Schritt auf die Kleine zu. Die will fliehen; da ist die Frau schon bei ihr, schlägt ihr hart mit der Hand von rechts und links ins Gesicht. Es klatscht; das Kind schreit laut auf. Die bunte Glaskugel rollt ihm aus den Händen, langsam über die Steine, dem Fahrdamm zu. Die Frau holt wieder aus. Da mischen sich vom Hause her andre Leute dazwischen. Sie lässt die Hand sinken, dreht sich um, und gleich darauf ist der Zank im Gange; fliegen gehässige, wuterfüllte Worte hin und her.

Die Kleine schluchzt. Die Tränen laufen ihr in glitzernden kleinen Bächen über das Gesicht, auf dem sich die Hand der Frau in scharfen, roten Linien abzeichnet. Sie tappt mit langsamen Schritten nach ihrer Kugel hin. Die Augen sind weit geöffnet, aber sie sieht alles nur verschwommen durch die Tränen, die an den Lidern hängen. Jetzt ist sie bei ihrem Spielzeug angelangt, will sich bücken, es aufzuheben, da blendet die Sonne in breiten Strahlen durch den trüben Himmel. Wie ein Edelstein glänzt die bunte Glaskugel auf - bunt - in allen Regenbogenfarben flimmernd - liegt sie auf den grauen Steinen. Das Kind blickt wie gebannt auf das strahlende, leuchtende Wunder, das sich da plötzlich mit seinem Spielzeug vollzieht. Das ist ja keine einfache Glaskugel mehr;

das ist eine ZauberKugel aus einem Märchenschloss - - aus Kinderland - - - -
Die Kleine hockt sich still neben die Kugel nieder. Ihre Tränen sind ver-
siegelt; nur das Gesicht ist noch feucht. Sie gibt ängstlich acht, dass sie die
Kugel, in der sich noch immer die Strahlen der jungen, warmen Frühjahrssonne
brechen, nicht anstösst. Sie starrt auf die Kugel - - starrt - starrt - -
langsam erblüht ein Wunder aus dem gleissenden Stück Glas - bevölkert sich
die graue Strasse mit Märchenrittern, Elfen, lustigen brummelnden Käfern,
Nixen und Märchenschlössern.....Dornröschen, die sieben Zwerge, Kobolde und
Waldgeister tanzen aus der Kugel und verzaubern die müde, einförmige Strasse
irgendwo im Arbeiterviertel der grossen Stadt in eine wundersame, bunte, blü-
hende Märchenwiese. - - - - -

Sechs Schritte weiter lärmen die Zankenden. Die Frau schimpft mit schrill-
ler Stimme. Aber das Kind hört sie nicht. Es sitzt und blickt auf seine Kugel -
glücklich, gelöst, selig lächelnd. - - - - -
Walter Schirmeier.

Nervöse Kinder.^x

SPD. In unsrer Zeit abgenutzter, ja, zerrütteter Nerven kommt es mehr als
je darauf an, starknervige Menschen aufzuziehen. Aber gerade die Eltern, die
es mit der Kinderstube tief ernst nehmen, richten da oft unbewusst den gröss-
ten Schaden an: durch ihre Ueberängstlichkeit, durch ihr eifriges Herumexpe-
rimentieren am Kinde und durch ein verfrühtes Aufdrängen ihrer eigenen Welt
auf das Kindergemüt. Wer aus der Angst vor Bazillen oder Unfällen, vor Verania-
gungen oder schlechten Einflüssen überhaupt nicht herauskommt, der wird einen
sorgenvollen Menschen grossziehen, der auch im späteren Leben auf Schritt und
Tritt Gefahren wittert, anstatt seines Daseins froh zu sein. Wir können und
sollen unserm geliebten Kinde nicht jeden Stein aus dem Wege räumen; wir sollen
das Kind aber menschenmöglich geschickt machen, ihn selbst lachend fortzustos-
sen. Alles Experimentieren mit den wachsenden kindlichen Nerven birgt Gefahr.
Eine rechte Mutter fühlt, was sie der Willenskraft ihres Kindes zutrauen darf,
ohne seine Nerven zu überspannen. Sie übt den kleinen Willen täglich im Sonnen-
schein ihrer Liebe, aber sie umschifft sorgsam witternd die Klippen, die ihren
Liebling noch verwunden müssten.

Ein dreijähriges Kind beispielsweise wird auf eine längere Wanderung mit-
genommen. Seine kleinen Beine strampeln munter drauflos, aber nicht lange;
dann wird es unlustig. Es mag sich nun nicht mehr anstrengen und will getragen
werden. Der Vater weiss als bewusster Pädagoge, dass er nun um keinen Preis
das müde kleine Geschöpf Huckepack nehmen darf. Er will vielmehr das letzte aus
der kindlichen Willenskraft herausholen: "Wenn Du nicht laufen willst, so gehe
ich voran, und Du kannst ja dann hier allein zurückbleiben." Und er beschlei-
cht seine Schritte als Beweis für den Ernst seiner Drohung. Das Kleine gerät
in Todesangst und beginnt zu rennen, was seine Beine hergeben wollen, um nur
ja nicht den Abstand vom Vater noch zu vergrössern. So, mit Hängen und Würgen,
erreicht es schliesslich wieder die schützende Vaterhand. Sein Trotz ist ge-
brochen, doch auf Kosten seiner Nerven, die furchtbar gespannt waren unter der
Höllenangst, hier draussen in fremder, einsamer Gegend mütterseelenallein ge-
lassen zu werden. Immer noch besser als solch ein aufreizendes Experiment ist
im Falle offensichtlichen Trotzes ein kurzer, fester Klaps. Er wirkt befrei-
end wie ein Blitz und löst die allseitige Spannung rasch und wohltuend. Jedoch
braucht zu diesem letzten Mittel nur der zu greifen, der den geschickten Ton
zum Kinderherzen nicht findet oder ihn rechtzeitig verpasst hat, den rechten
Mutterton auf dem Wege zur Freude, der es in diesem Falle vermocht hätte, dem
unlustigen kleinen Wandersmann mit Singen und Lachen wieder auf die Beine zu
helfen.

Ebenso gefährlich für die kindliche Nervenkraft wie solche pädagogischen Experimente ist das gewaltsame, also verfrühte Aufdrängenwollen unsrer Welt auf das Kindergemüt. Ein Kind, das den ganzen Tag von Erwachsenen umstanden ist, muss nervös werden. Jeder einzelne überfällt die kleine Seele mit all seinen fertigen Begriffen, und das Kleine sträubt sich instinktiv gegen diese gewaltsame Ueberfütterung durch ein möglichst oberflächliches Aufnehmen dieses Wustes von Eindrücken. - Setz dein Kind vor einen Sandhaufen oder einen Klötzchenbaukasten, und lass es so lange wie möglich allein! Wohl dem Kinde, das allein spielen kann! Es wird sich wahrscheinlich langsamer entwickeln als sein umschwatzter Nachbar, der schon allerlei Kunststückchen vorführt, während es noch an den ersten Sprechlauten herumprobiert, doch dafür bleiben seine Nerven geschickte Werkzeuge und gehorsame Diener für eine spätere Zeit.

Anni Weber.

Kinder sangen im Rundfunk...^x

Es sang kein Star. Kein Tauber. Kein Bohnen.
Man wagte es, etwas Neues zu bringen.
Nach einem Vortrag über "Sachliches Wohnen"
Fingen die Kinder an zu singen.

Ein Herr rief ärgerlich: "Bitte umschalten!"
Er wollte doch lieber Tanzmusik haben.
Wir sassen und liessen den Kaffee erkalten.
Wir lauschten den singenden Mädchen und Knaben.

Sie sangen erst scheu und ein wenig beklommen.
Dann wurden die Stimmen voller und heller.
Dann hatten sie Farbe und Wärme bekommen.
Wir lauschten und liessen das Brot auf dem Teller.

Es waren verschiedene Stimmen darunter,
Die würden gewiss einmal Tauber und Bohnen.
Doch gehen sie sicher im Werktag unter.
Wer weiss, wo die Kinder lernen und wohnen!

Sie sangen jetzt zitternd in Senderäumen,
Und ihr Herz mocht' vor grossen Hoffnungen beben.
Sie werden wohl später noch davon träumen,
Wenn sie im grauen Alltag leben....

Kurt Rudolf Neubert.

SPD. Himmlischer Steinwurf auf eine Hochzeitsgesellschaft.^x Ein seltsames Attentat ereignete sich vor einiger Zeit im Dorfe Zvezdan in Südslawien, das die davon betroffene Hochzeitsgesellschaft in nicht geringe Angst versetzte. Eine Anzahl Hochzeitsgäste holte in mehreren Wagen die Braut vom Elternhause ab, um sie zur Trauung zu geleiten. Auf dem Wege zur Kirche sauste plötzlich ein grosser Stein in einen der Wagen und verletzte zwei Frauen. Dieses gefährliche Bombardement wurde dadurch noch besonders unheimlich, dass weit und breit kein Mensch zu sehen war, der als eventueller Täter hätte in Frage kommen können, denn die Hochzeitsgesellschaft befand sich auf freiem Felde. Dem anwesenden Dorflehrer gelang es aber, das Rätsel zu lösen. Er erkannte das seltsame Geschoss als ein Meteor, das den ansehnlichen Durchmesser von etwa 40 Zentimetern hatte und beim Herniederstürzen aus den Himmelsräumen gerade in die fröhliche Gesellschaft hineingesaut war.